

Er scheint täglich nachmitt. mit Anwesenheit der Sonn- und Festtage.

Bezugspreis monatlich 50 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. ohne Postgebühr.

„Die Rote Welt“ (Anzeigenschein), monatlich 10 Pfennig.

Verantwortl. Redaktion: Schriftleitung: Nr. 205, Geschäftsstelle: Nr. 1647.



Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise. Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geschäftsvermittlung von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. a. Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-12-1/2 Uhr mittags.

Anzeigengebühr beträgt für die erste Zeile 30 Pfennig, für zweifache Anzeigen 20 Pfennig, Anzeigen unter 10 Zeilen die Zeile 75 Pfennig.

Wiemers Sturz.

Aus Nordhausen wird uns geschrieben: Der Bericht des Kreisvorsitzenden ist doch anscheinend das schärfste, was die Fortschrittler in den jetzt bevorstehenden Wahlen treffen hat. Nach der Ausweisung Raumanns aus der Stadtkasse, nach dem Bericht Raumanns und Raumanns nach noch das als unerwartete Höhepunkt angesehen Nordhausen, das hatten die so voller Befriedigung ausgehenden „Entscheidungen“ nicht erwartet.

Das Ergebnis der Entscheidung in Nordhausen war aber auch nicht nur den Freisinnigen, sondern auch für die Parteigenossen im Lande ein Überraschendes. Auch sie hatten, wie ein Artikel verschiedener Parteiblätter zeigt, keineswegs mit der Möglichkeit der Befreiung Wiemers gerechnet. Man hatte eben allgemein der wirtschaftlichen Strukturänderung des Kreises als wenig Beachtung geschenkt.

Die Arbeiter und Kleinbürger haben nur ihren bisherigen Vertreter Arm in Arm mit ihren Unterdrückten und Ausbeuteten, Der Glaube an die Gerechtigkeit, die ihnen Herr Wiemer, wie so oft auch jetzt wieder verdrängt, schenken darüber selbst nicht. Aus den bisher freisinnigen Kreisen wurden Proteste laut, nicht über die Entscheidung, sondern über die Art und Weise, wie die Kleinbürger wandeln sich von dem Unterdrückten und Protestierenden des Großkapitals zu Unterdrückten und Protestierenden des Großkapitals.

3002 auf 5200 zurück, was bei der Kleinheit des Kreises viel bedeutet. Überhaupt haben die liberalen Parteien ihren Stand von der letzten Wahl nicht halten können. Damit war das Schicksal der Herrn Dr. Wiemer besiegelt. Die Freisinnigen hatten sich aber in den vier Jahren, die sie an den Mandatsbüchern gewohnt, daß sie es nicht haben können, daß eine andere Partei an ihre Stelle getreten ist. Und wie alle Kräfte und niedrige Klassen immer abergläubig werden, so auch die vor der völligen Zerbrechung in unserem Kreise stehenden Freisinnigen. Sie klagen ihr Leid selbstverständlich in der ihnen zugehörigen Weise.

Weiter verurteilt die ganze liberale Partei Herrn Dr. Wiemer als Vorkämpfer seiner liberalen Mandatsbücher hinzustellen. Er habe sich wieder an die Traditionen seiner liberalen liberalen Männer, wie Th. Barth a. P., erinnert und die Parole „Gegen rechts“ mutig ausgegeben und verteidigt und deshalb die Freisinnigen von sich abgewiesen. In derselben Zeit aber, da ihm dieser Vorwurf beifolgt, ließ Herr Wiemer es im Interesse seiner Mandatsbücherhaltung ohne Widerspruch geschehen, daß sein Leibmoniteur, die Nordh. Ztg., ihre Spalten mit freundschaftlichen Bräuden über die freisinnige Zustimmung von Kreisen an die Schwärzblauen füllte. Er hätte auch nichts gegen die geradezu anstößende Weise, die die Stimmen der Antisemiten einzuwenden. Alles scheint ihm recht gewesen zu sein, wenn ihm nur das Mandat erhalten blieb.

Was mit der antisemitischen Hilfe für die Sozialdemokraten ist es nicht. Der Kreis Nordhausen ist ja eigener Kraft zu dem Sieg herbeiführenden Stimmenzahl gekommen, während die Freisinnigen ihr ganzes Verlangen über die Hauptwahl hinausgehendes Mehr den Antisemiten zu danken haben. Das hat der Hochwürdige Genosse die letzte Zufriedenheit über und sozialdemokratisch, was haben wir an der letzten Gegenwahl des Kreises und der aus denselben entzweigten proletarischen Einheit der Wähler ist, die Aktionsfähigkeit der Genossen so heißt, daß uns der nächste Wahlkampf schon am Abend des Wahlkampfes als Sieger sehen wird.

Keine Wahlreform in Preußen.

Schimpfende Unfähigkeit. Jetzt, wo der Wahlkampf zu Ende ist, fangen die Minister zu schimpfen an. Auf den Ertrag des Herrn v. Dollfus in der zweiten badischen Kammer folgt prompt und unmittelbar eine Danksagung im preussischen Abgeordnetenhaus, deren Reichhaltigkeit an klugen Anspielungen jeden bayerischen Zentrumslapian beschämt. Die Schimpfmanne des Herrn v. Dollfus auf die Besonnenheit, die bei den Reichstagswahlen sozialdemokratisch gemacht haben, hatte aber nur den strategischen Zweck, einen Rückschlag zu geben. Das geschah trefflich in der ungeschicktesten Weise der Welt. Der preussische Polizeiminister hätte besser gesehen, nicht über die Verletzung von Freu und Gienus, über Lügen, Schmeichelei, Eibvergehung und Eibvergehung zu setzen in einer Rede, in der er zuvor mitgeteilt hatte, daß die Regierung gar nicht daran denke, eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen.

einen Augenblick, wie er darf und mag, frei von der Beherrschung seiner Vorgesehten, dann schimpft man in ohnmächtiger Wut hinter ihm her, und kein Wunder, der Polizeiminister ist ja schlicht, um ihn nicht damit zu benehmen. Für die großen Herren der Regierung natürlich gibt die Pflicht zu Treu und Glauben nicht. Sie dürfen ihre heiligsten Verpflichtungen brechen, dürfen sie brechen unter den nichtigsten, abernichten und lächerlichsten Vorwänden. Und wer sie daran zu erinnern mag, daß Worte gegeben werden, um gehalten zu werden, der ist für sie ein Deber, der ins Loch gebort.

Wären sich die zahllosen Beamten, die bei den Haupt- und Stadtwahlen, ihrer staatsbürgerlichen Genossenschaft folgend, sozialdemokratisch gestellt haben, die finsternen Verschimpfungen merken, mit denen sie eine vorwärtige Regierung beehrt hat! Warum muß denn die Regierung auch im Jahre 1912 noch immer nicht das Wort einlösen, das sie im Jahre 1908 in feierlicher Form, durch den Mund des Königs verhängt hat. Herr v. Dollfus sagt es: „Bei den bestehenden weitgehenden Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang der Wahlreform keine Möglichkeit gegeben ist, die vorhandenen Gegenstände zu überbrücken.“

Es gibt keine Reform, die nicht durch Anwendung der gleichen Verfahrensweise auf 3838 Jahre oder noch etwas länger betragen könnte. Wenn und wo gibt es denn eine Reform, über die sich alle Parteien von vornherein einig sind, über die keine weitgehenden Meinungsverschiedenheiten bestanden? Zollreform, Heeres- und Flottenreform, Steuerentwürfe und tausend andere Gesetze, werden denn die ohne Kampf der Meinungsgegenstände gemacht? Und wann wäre es der Regierung eingefallen, auf solche Gesetze zu verzichten, sie auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben, da es keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben wird? Wann soll denn die preussische Wahlreform überhaupt gemacht werden, wenn man darauf warten will? Eine bis der Erzbischof von Posen national-liberaler Kulturkämpfer wird und Herr v. Gumboldt dem Sozialdemokratischen Wahlverein von Delitzsch-Erbitz beitrifft.

Am 20. Oktober 1908 ist die Wahlreform als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart anerkannt, ihre sofortige Annahmefähigkeit in Aussicht gestellt worden. Wurde der Verfasser jener Thronrede nicht, daß es im preussischen Landtag „weitgehende Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang der Wahlreform“ gibt? Hat die verantwortliche Regierung in schauerhafter Unkenntnis der Tatsachen den König zur vorläufigen Abgabe eines unerfüllbaren Versprechens verleitet? Wohl, dann alle dem die Minister zur Verantwortung! In Preußen ist ja nicht nur der Reichspräsident, der eigentliche Reichspräsident ist, sondern das Gesamtministerium verantwortlich, dessen Vizepräsident damals Herr v. Bethmannmann v. Söllweg war, der Minister des Innern, in dessen Ressort die Wahlreform gehörte.

Herr v. Bethmannmann aber, der die Verantwortung trägt sowohl für die Thronrede von 1908 wie für die Verhöhnung durch Herrn v. Dollfus im Jahre 1912 — Herr v. Bethmannmann hat es vorgezogen, an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses überhaupt nicht zu teilnehmen! Mein Wunder, daß dieselbe Majorität, die Herrn v. Dollfus beifall heulte, als er die Beamten in wüsten Worten beschimpfte, in nicht minder lauten Tönen ausbrach, als der Herr Reichspräsident die Pflicht der Regierung antrifft, die eigene Verantwortung nicht zu halten. Man kennt genugsam die Stimmung dieser Leute, die den Druck des gegebenen Wortes für ein Junkerprivat halten, denen jeder Verrat an Treu und Glauben recht ist, wenn er ihrem eigenen Vorteil dient.

„Der Eid auf die Verfassung, was ist er anderes als ein Anruf der Wahrhaftigkeit des Menschen auf die ewige Wahrheit Gottes? Wie aber, wenn der Eid auf etwas verflüchtigt ist, das dem Willen Gottes entgegen ist? Kann denn ein Eid bei Gott gegen Gott binden? Und ist nicht jede Fesslung des königlichen Willens gegen den Willen Gottes? Sticht denn nicht deutlich genug geschrieben: Das Herz der Könige ist in der Hand Gottes!“ So sprach einst Balthasar von der Kreuzigung, als er darauf ausging, den gekreuzigten König Friedrich Wilhelm IV. zum Bruch der beschworenen Verfassung zu verleiten. So denken, so handeln die Junker und heute noch, das beweist die Lebensgeschichte der preussischen Wahlreform vom 20. Oktober 1908 bis zum 21. Januar 1912. Aber da hilft kein Straußen- und Wortweiden, hilft nicht die schimpfende Unfähigkeit der Minister. Das preussische Volk weiß, daß sein Wahlrecht nicht aus den Händen der königlichen Regierung emplyanden wird. Selbst ist der Mann! Selbst ist das Volk!

Politische Uebernacht.

Halle a. S., den 1. Februar 1912. Die Verschönerungen in der Stärke der Parteien seit 1871. Der beste Ueberblick über die Entwicklung der Parteien im deutschen Volke und so auch im Reichstage ist zu erhalten, wenn die Relationszahlen der einzelnen Parteien sich gegenüber gestellt

berief. Eine solche Zustimmung zeigt auch zugleich mit, wie die Ingerichtigkeit des Reichstagswahlrechts immer mehr zunimmt. In der nachfolgenden Zusammenstellung sind die Verhältnisse der Wählungen mit Antikonten und Agnarien als Bede aufgenommen. Das Zentrum und die paritätischen Elemente - Polen, Katholiken, Böhmen und Dänen - bilden ebenfalls eine Gruppe, ihnen gegenüber stehen die Liberalen aller Richtungen als Linke, die Sozialdemokratie ist als vierte Gruppe dazu gestellt.

Es entfielen

im Wahl-	von je 100 Stimmen ab-	von je 100 Mandaten ab-
jahr	Rechte Zentr. Linke Soz.	Rechte Zentr. Linke Soz.
1871	23 26 47 4	25 22 53 1
1874	14 38 40 7	14 31 52 2
1877	18 36 38 9	20 32 45 3
1878	27 32 34 8	29 34 35 2
1881	24 32 38 6	20 37 41 3
1884	22 31 37 10	27 36 31 6
1887	25 28 36 10	31 33 33 3
1890	20 26 34 20	26 36 30 9
1893	24 25 27 28	30 33 25 11
1896	25 25 24 27	26 35 24 14
1903	19 26 24 32	24 33 22 20
1907	19 25 27 29	29 33 28 11
1912	16 22 27 35	18 32 22 28

Im Jahre 1871 hatte die Sozialdemokratie unter 100 abgegebenen Stimmen 4 Mandate bekam sie aber von 100 nur eins! Diese Ingerichtigkeit ist auch 1912, da die Sozialdemokratie unter 100 abgegebenen Stimmen 35 - überhaupst die höchste Differenz - unter ihrer Parole vereinigt geblieben. Jetzt hat unsere Partei im deutschen Reichstag unter 100 Stimmen nur 28, es stehen ihr aber 35 zu! Den größten Vorteil an der ungerechten Wahlweise hat, wie die Zahlen ausweisen, das Zentrum. Bei der ersten Wahl zum deutschen Reichstag erhielt es je 35 Stimmen von 100, und je 22 Mandate, ebenfalls von je 100. Bei der nachfolgenden Wahl erhielt die Zentrumspartei nur noch 28 von 100 Stimmen und doch erhielt diese Partei je 32 von 100 Mandaten. Jetzt gilt es den Kampf um ein wirklich gleiches Wahlrecht!

Wind und Eis in Baden.

Vodmanns „Großartige Bewegung“.

Die berühmte Großblockpolitik im badischen Hinterlande hat ungeheure Stöße zu überleben. Insekten Gassen haben die mit ihnen verbundenen Liberalen bekanntlich zwei Reichstagsmandate abgenommen: Vorseheim und Karlsruher. Das wird auf Zentrumskreise zurückgeführt, die dadurch Uneinigkeit in den Hochkreisen anrichten und die Sozialdemokratie wider die Liberalen empören wollten. Das scheint nicht zu gelingen, denn Gen. Kolb verlobt mit Karlsruher Volkstreu, daß man unbedingt an der Großblockpolitik festhalten müsse und werde.

Dagegen hat sich auch die badische Regierung wie ein Wider auf den Großblock gestürzt. Der Minister v. Dufsch ließ im Landtage blindlings auf die Sozialdemokratie los; sie habe sich „empfinden“ benommen usw. Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie müßte jetzt gelten. In der folgenden Sitzung gab der Minister v. Vodmann einen Kommentar zu der von ihm seinerzeit gemachten Äußerung: Die Sozialdemokratie sei eine großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes. Der Minister erklärte, er habe sich damals in der Erwartung einer vorausgegangenen Revolution nicht ganz präzis“ ausgedrückt. Nicht die Sozialdemokratie habe er zu bescheiden wollen, sondern die gesamte Arbeiterbewegung, einschließlich der drücklichen Organisationen (1). Gegen die mißbräuchliche Ausnutzung seiner Ansichten müsse er enthielten Vernehmung einlegen. Minister v. Vodmann erklärt noch, daß er mit dem Staatsminister Dufsch die vom Zentrum angeregte Sammelpolitik beabsichtige, weil er darin einen Weg erblicke zur Rettung des Vaterlandes vor der Sozialdemokratie. Der Minister bedachte ausdrücklich die Großblockpolitik, deren Ver-

teilung durch Staatsbeamte unter feinen Umständen gebildet werden fällt.

Es ist fast im liberalen Hinterlande und der Frühling schimmert noch unter einer dichten Eiskruste.

Reife Wähler.

Die Informativ Presse wird nicht müde, die sozialdemokratisch gefärbte Arbeiterschaft als „noch nicht reif“ für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zu erklären. Wie aber solche Wähler aussähen, die nach Informativbegriffen völlig reif sind, das illustriert die Deutsche Tageszeitung in folgendem:

So wird uns berichtet, daß in einem weitverbreiteten Anstaltungsbezirk am Sitzort der sämtliche Wähler mit Wahlzettel versehen und unter dem Kommando eines alten Soldaten zum Wahllokal gezogen sind. Dort haben die Frauen gemacht, die Kräfte hat patriotische Reden gehalten; Deutschland, Deutschland aller erlos ist von den Wählern mitgeführt worden; dann haben sämtliche Teilnehmer an dem Zuge selbstverständlich den deutschen Kandidaten gewährt. Nach einem Hoch auf den Kaiser ist der Rückmarsch angetreten worden.

Unter einer „reifen“ Wählermasse verstehen die Junken Informativbesitzer!

Die Ursache der polnischen Unruhen in Schones.

Den Altpolen wird es Wasser auf ihre Wahlen, als es im 5. Marienwerder Reichstagswahlkreis Schwet, wo die Polen den dort herrschenden Landrat v. Dalen als eigenen Kandidaten den Herrn v. Sals-Namorski-Berlin gegenüberstellten, zu Unruhen kam und daher Militär requiriert wurde. Altpolische Wähler schlugen mit Behagen politisches Kapital aus dem Fall, machten aber nichts über die eigentliche Ursache des Konflikts, die in der Unzulänglichkeit der polnischen Stimmen zu suchen ist. Näheres hierüber wird nun in der Germania vom 31. Januar mitgeteilt, der aus dem Wahlkreis Schwet geschöpft wird:

Die ganz rechtschwingige Unzulänglichkeitserklärung von 700 polnischen Stimmgäulen in bester Form. Am Montag fand auf dem Landratsamt die Wahlprüfung und Stimmzählung statt, und dabei stellte sich heraus, daß in einzelnen Wahlbezirken sämtliche auf den Kandidaten der Polen abgegebenen Stimmzettel für unzulänglich erklärt wurden. Nächt man die für unzulänglich erklärten Stimmen mit, dann wäre der Pole mit einer Mehrheit von 131 Stimmen gewählt. Die gesamten Stimmzettel des polnischen Kandidaten (Sals-Namorski-Berlin) sind dem Landrat v. Dalen überreicht worden. Das hatte der Vorsitzende des polnischen Wahlkomitees Bohnowski in einem besonderen Schreiben dem Wahlkomitee Herrn Sals-Namorski noch ausdrücklich mitgeteilt. Am Wahltag ging den einzelnen Wahlvorstehern von Seiten des Landrats von Dalen die Weisung zu, polnische Stimmzettel für unzulänglich zu erklären, auf denen das Wort „Abgeordneter“ steht, angeblich, weil es keinen Abgeordneten von Namorski gebe. Nun ist aber Herr von Namorski Landtagsabgeordneter für den polnischen Wahlkreis Schwet und hat folglich das Recht, sich Abgeordneter zu nennen. Die Mehrheit der Wahlvorsteher hat vernünftigerweise von der Anwendung des Landrats, der zu einem solchen Eingreifen in den Wahlakt nicht berechtigt war, keine Notiz genommen. In einer Anzahl von Ortschaften jedoch hat man diese Weisung befolgt und so ist denn das Unbegreifliche geschehen. Es sind 8047 Stimmzettel als gültig anerkannt, während 720 ganz bis auf das Tippschele gleiche Zettel für unzulänglich erklärt worden sind.

Da in Schwet zwölf Verfassungen vorgenommen wurden und der Oberstaatsanwalt aus Graudenz in Schwet bereits tätig ist, so wird die Schwet Wahl zunächst wohl eine gerichtliche Befragung erfahren, und dann wird sich der Reichstag mit ihr zu beschäftigen haben, denn nach den Ausführungen der Germania ist in diesem Wahlkreis nicht amtlich als gewählt proklamierter Landrat, sondern der Pole der Vertreter des 5. Marienwerder Wahlkreises im Reichstag.

Wahlnachfränge.

Ein Stimmzettelmarker erwischt und bestraft. In Kandidatenkreisen ist es bei den Wahlen vielfach noch Brauch, daß die in Betracht kommenden Parteien auf einem

vor der Türe des Wahllokals stehenden Tisch ihre Stimmzettel niederlegen. In Kirchhof (Schwarzburg-Rudolstadt) machte sich bei der Kandidatur ein unehrer Partei feindselig gestimmter Bauer die Gelegenheit zunutze, indem er zweimal die formal demokratischen Stimmzettel wegnahm und in einen Ofen warf. Er war jedoch von mehreren Personen beobachtet worden und wurde wegen Diebstahls angefaßt. Nach zweimaliger Verhaftung verurteilte ihn das Schöffengericht in Rudolstadt wegen „Sachbeschädigung“ zu 6 M. Geldstrafe und zur Tragung sämtlicher nicht unbedeutenden Kosten. Von einer Verurteilung wegen Diebstahls wurde abgesehen, da der Bauer die Stimmzettel nicht weggenommen habe, um sich zu bereichern oder zu seinem Nutzen zu verwenden.

Wahlm. II. als Reichstagswähler. Auf der letzten Sozialliste hat, wie wir erfahren, Wilhelm II. dem Oberbürgermeister von Berlin, Herrn Richter, mit warmen Worten zur Wahl des Herrn Kämpf gratuliert und unter anderem wörtlich berichtet: „Herr Kämpf haben Sie mir zu verbleiben. Ich hab' gehörig für ihn agitiert, den ganzen Tag und bis zu meinen Kutschern herab!“ Wir finden, daß Wilhelm II. seinen sonderlichen Grund hat, auf das Ergebnis seiner Wahlplauderei für Herrn Kämpf Holz zu sein, Herr Kämpf „siegte“ bekanntlich nur mit 9 Stimmen!

Zu wenig Wahlstimmen. Die Reichsregierung oder vielmehr ihr Verantwortlicher, der Reichsanwalt, ist nach der Ansicht der Sozialdemokraten, Juncker und Stassen bekanntlich der Schuldige, der den für die rechtsradikalen Parteien zu ungenügenden Wahllokalen verurteilt hat, indem er nicht die richtige Wahlparole herausgegeben habe. Auf die sich dagegen wendende Erklärung der Nord. Allg. Ztg. antwortet die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das alte Schärnungerorgan, herausfordernd: „Was dem Reichsanwalt zum Vorwurf gemacht werden muß, ist, daß er es nicht verstanden hat, aus der Zeit heraus die geeignete zündende Wahlparole zu formulieren, der alle, von links und rechts, gefolgt wären und die einen Reichstag von 110 Sozialdemokraten gewiß nicht zu Folge gehabt hätte.“

Wiss. Fort mit einem Reichsanwalt, der es nicht verstand, die Wähler von rechts und links zu gewinnen der Reaktion aufzuhaken. Er hat das Schwimmbild den interessierten Parteien selbst überlassen, und daher der Banalität.

Der nationalliberale Held. Der im 6. Hannoverischen Kreis (Verden-Dona) gewählte nationalliberale Abgeordnete Held wurde noch in den letzten Tagen von der Köln. Ztg. abgefeuert; das Blatt vermahnt darauf, daß Held wegen verschiedener gefühlerlicher Praktiken von der nationalliberalen Partei nicht mehr für würdig gehalten worden sei, länger in deren Reihen zu sitzen, und daß er jetzt als Fraktionsloser in den Reichstag einzutreten.

Für den, der die Heldischen Prozesse und sein früheres Aussehen aus dem Reichstage kennt, war das eigentlich selbstverständlich. Held hatte sich gegen den Willen der nationalliberalen Parteivorstellung selbst aufgestellt und wurde auch in der Nationalliberalen Parteivorstellung nicht in der Reihe der gewählten nationalliberalen Abgeordneten aufgeführt - er fand weit Hehl zu Herrn v. Sals-Namorski hinter den offiziellen Parteirepäsentanten.

Jetzt leistet nun die Köln. Zeitung Mühe, gleichgültig im Namen der nationalliberalen Fraktion; sie schreibt: „Wir bebauern aufrichtig, irrtümelhaft worden zu sein.“ Herr Held ist, wie wir jetzt erfahren, im Namen der Fraktion die Erklärung abgegeben worden, daß man ihn nicht ausgeschlossen hat, und daß niemand von ihm verlangt hat, das Mandat niederzulegen. Nachdem Herr Held gereinigt aus seinen Prozessen hervorgegangen ist, stehen seinem Wiedereintritt in die Fraktion, selbst wir wissen, keine Hindernisse im Wege. Die Nationalliberalen bleiben immer unüberwindlich.

Die Kriegervereiner nach der verlorenen Schlacht.

Der Präsident des Deutschen Kriegerbundes, Generaloberst und Generaladjutant v. Lindemann, teilt in einem „Armeebefehl“ den braven Militärvereinen mit, daß sie die Schlacht gegen die Sozialdemokratie verloren haben:

Die Sozialdemokratie, die von den Kriegervereinen als Feind des Vaterlandes und der Monarchie bekämpft wird, hält ihren Einzug in den neugewählten Reichstag in mehr als verdoppelter Stärke, der Zahl nach als die

Der Großvater.

Nachdr. verb.

Roman von Jonas Lie.

Estofane kam herein, mit aufgeschwemmten Haaren, das Kniechen mit etwas Bewegung im Arm: „So heißt du dich doch das eine Mal herabgelassen, Gunnar, bei meiner Meinung zu werden.“ Ich war, indem sie die Augen unterdrückte, der großen alten Kommode mit dem Metallgrat, die an der Wandhängen angebracht war, und so jagte zu bewundern, wo du bist dich in der Lat., - nein, nein - hilf mir bei dieser Schublade, sie will nicht heraus.“ Sie legte den Arm um seine Schulter, während er daran zog. „Lind nun fuhren wir Zerna und Christine und gegen Hind in den Garten. Dann müßt du und ich die Kränze zu den neuen Beeten, von denen du mir gestern sprachst, mein Freund.“ Der Großvater blieb sitzen und saute und bis an dem Mundstück seiner Pfeife und spuckte ganze Splitter davon aus, bis er endlich mit einem Seufzer aufstand, hinter der Gangtür seinen Stuhl nahm und sich auf seinen Weg in den Wald begab. Es war ein gelber, beladener Berg, teilweise zwischen Felsmassen und Gestrüpp und nachdem Steigrun bin, um im Herbst wohl auch etwas ein Bad hoch. Der Großvater ging und ging, genötigt und bedrückt von all dem zu Hause. Ich trat auf und schaute und schaute, sah nur immer vor sich nieder. ... Es war wenig Hoffnung für den Sohn. Er wurde seinen dunklen Wegen getrieben, der arme Mensch! Der Großvater blieb endlich stehen und sah sich um. Er erinnerte sich doch, daß er das Fürchten an der Langsams immer noch gelassen hatte. So war das ein anderer Waldweg als der gewöhnliche, auf den er geraten war. Ausgeht über die Hügel und Wälder bis hinauf nach Hovigen. ... Er war in der Lat müde geworden. Er setzte sich, nachdem er sein Taschentuch auf einen kleinen Hügel neben den Stuhl unter sich abgelegt. So müde - er sah und pustete. ... Da lag eine zerretzte wollige Wolldecke auf dem Wege - es hatte sie wohl irgend ein Junge weggenommen. Du bist im Frühling - jetzt - dafür. Er sah und betrachtete sie. Diese Arbeit interessiert ihn. Na ja, ja; wie wir waren schon draussen, wenn das Eis noch formlos - Kopf auf die Wolldecke mit dem Pfeifer und zogen die Schuhe ab, - große, prächtige Stiefel. ...

Schmutzig, daß man einmal im Morgengraue drunten herumgelaufen und so furchtbar eifrig dahinter her war, piff und tute und modulierte - so hübsch für die eigenen Ohren, - während die Eintönigkeit der ihm herumtrottelte und seine Angst hatte, sich die Hüfte zu erklären. Die Erinnerung zog ihn in ihre Welt, die so klar und lebendig war wie die Bilder des Stereophons. ... Da drinnen im Wald hatten er und seine Kameraden sich getummelt und gelebt und geliebt und gelächelt. Zwischen den kleinen Schären und dem Segras unten in der Ducht hatte er, als er Jahre die letzten Heimen Schiffsreisen gab, mit einem Leuchtfeuer, daß er erfinden hatte. Er sah die Brigg, die er ausgerüstet hatte, wieder bis auf die geringsten Kleinigkeiten und Einzelheiten vor sich, - wie das Red getrieben war und das Lauerer geleert. ... Es war so merkwürdig lächerlich. ... All das, was er gesehen und sich vorgelesen und zusammengeschildert und sich eingebildet, das hatte später sich zu Lebensinteressen und Mannesberuf entwickelt, bis auf die Opposition, die er der Marine gemacht, und seine Arbeit und seinen Streit um die Leuchtfeuer. Seine Natur war ziemlich gemäßig gewesen, - ein unbehagliches Drauflosgehen, - und später - hm, ja, - mehr befriedigt. ... Wunderlich, wie herrlich glänzend sich damals alles in einem müde gestiegt haben! Und nun waren es Zerna und Ingvall und Christine, die sich im Walde herumtrieben und spielten und sich vordrängten und einbildeten, ganz auf dieselbe Art, und meinten, die Welt hängt voll glänzender neuer Weisungen, auf denen sie sitzen konnten. Zerna ging und wartete auf den Jungen, der angefaßt kommen würde. ... Und nun sah er da, als ein quater, alter Mann und sahnte aus, - schaute nur zu - Er hatte seinen Zusammenhang mehr mit der Höhe da - ... Es löste in ihm wie aus irgend einem alten Lied heraus: ... Er sah das Frühlingsschiffchen nennen. ... Er sah es einig gefolgt. ... - Nein, so konnte er ihn nicht mehr nennen, - nicht wie Zerna oder Ingvall oder Christine. ... Er ... es begann in der einen Nacht dort drüben bei der Stadt und wird wohl hier in der anderen enden, - man sollte es nicht glauben, daß zwischen beiden der Weg so lang und mannigfaltig war. ... Und nun sah das Gesicht, das damals handelte und dessen Herz damals klopfte und schmerzte unter den Großsteinen draussen - mit all seinen Lebensgeschichten. ... So bald die Sonne untergeht, da ... Er fahre auf und sahnte auf die Uhr - er mußte da gehen und in der Weltbeherrschung getrieben haben. ... es war gleich drei ... das Mittageessen berührte. ...

Ja, tja - man kommt unermüdlich ... muß seine schönsten Entschuldigungen vorbringen. ... Auf dem Heimweg war es ein Summum Lebens, das seine Gedanken in Bewegung brachte. ... Der arme Held, seine Weidenpfeife war zertrümmert. ... Der Großvater hatte den stillen Wunsch gehabt, zuerst von der Küchenteile zur Küchenteile einzuführen, um in aller Ruhe und ohne Schererei und Aufruhr zu veranlassen, etwas, das als Mittageessen gelten konnte, in der Speisekammer draussen zu essen. ... Inhab als er durch das Fürchten kam, sah er sie alle draussen im Hofhof, und Zerna rief: „Da ist der Großvater!“ und ging auf ihn zu! Der Doktor war damit beschäftigt, einigen Arbeitern Instruktionen zu geben, die an der alten roten Scheune und am Sortierhaus Reparaturen ausführen sollten - an diesen Lieberreihen des kleinen Bauerntums, den Gunnar sich als Sommerwohnung erworben hatte. ... Und hier sah Paul Höeg seinen kleinen weißen Hut von dem Lippenigen bunten Haar und grüßte absonderlich beiseite. Er war mit Ingvall zugleich herausgegangen, um den Alten noch weiter auszusprechen, hatte er gesagt. ... Der Großvater muß doch erst Ruhe haben, um zu essen“ - benetzte Frau Gertrud etwas zurücksetzend, da Paul sofort losgehen zu wollen schien. ... „Ach denke, du dachst ihm ein bißchen hier im Kuhstall, Zerna.“ ... Du sollst gleich ein Glas Cognac zur Stärkung haben, Vater“ - verordnete der Korpssarzt; - „schaffe es her, Ingvall.“ ... Der Großvater ist heute auf einer Kreuzfahrt gewesen.“ sprach Ingvall, als er mit der Karotte kam. ... Na, ich bin ein paar Stunden gegangen.“ - befragte der Großvater, - „elender, heimlicher Waldweg. Nein - nein, ganz müde in den Kränzen ist man doch nicht, mein lieber Ingvall, er hat gehen und mir gehen, Höeg.“ - er klopfte ihm auf die Schulter, - „und es kommt im Grunde so wenig drauf an, was für einen Weg wir stampfen, - viel weniger drauf an, was wir einbinden, glauben, mein lieber Freund. ... Richtern betrachtet, aus dem Sand heraus in den Sand hinein, ist der Weg über die Erde kriechend. ... Doch, die Natur ist schlau, leben Sie. Die weiß wohl, heute er, indem er ins Glas hineinleucht, - daß niemand in der Welt sich einen Lebensberuf wählen würde, wenn er ganz nüchtern bliebe und nur in die Zukunft Einigkeit hätte, daß wir gar - gar nichts Wirkliches zu tun haben, wenn wir nicht. Drum geht sie das für jeden folgenden Quantum Lebensarbeit oder Mühen in die Fläche, damit man mit verquämtem Sinn sich auf den Weg machen kann. ... Die Jugend läßt, wie Sie wissen, auf der Weidenküte. ... Aber wenn man alt wird, muß man sich immerfort hüten, jenes Studium zu verlieren.“ (Fortsetzung folgt.)

größter Parteien. Dies Ergebnis der Wahlen entspricht nicht den Wünschen freier Arbeitervereine. . . Diese schmerzliche Erfahrung soll uns indes nicht irre werden lassen an unserm Werke. Unsere Aufgabe lautet nach wie vor: „Unentwegtes Festhalten an der Treue zu Kaiser und Reich, Friede und Vaterland!“

Auch ferner werden wir die Sozialdemokratie mit aller Kraft bekämpfen. Ihr Annähern entmutigt uns nicht. . . Den Deutschen, die im Besitzen an der Monarchie, an Kaiser und Reich, Friede und Vaterland das Wohl des Volkes erblicken, wird der Sieg bleiben, das deutsche Volk wird sich von dem Banne der Sozialdemokratie befreien.

So die Trauerfeierlichkeit des Kriegervereinigungstages, die, datiert am Kaiserjubiläumstag 1912, in der neuesten Nummer der Woche entfallen ist.

Wenn der Generalstab v. Lindemann gegen den „äußeren Feind“ denselben optimistischen Optimismus an den Tag legt, wie gegen den „inneren Feind“, da wird es höchste Zeit, ihn zu pensionieren. Vor Strategen, die vernichtende Niederlagen mit solchen Siegeshoffnungen beantwortet, braucht niemand Furcht zu haben.

Russische Reaktion und Reichstagswahlen.

Der Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie, der bei allen staatenrechtlichen russischen Protestationen fürnämliche Freude ausgelöst hat, bereitet den Jarenhochzeiten nicht geringes Kopfzerbrechen. Anfangs verjüchte es die reaktionäre Presse mit dem bewährten Mittel der Lüge und der Verungümpfung. Die gewaltige Bewegung im Nordbarricade, der wohlhabendste Antikur der Arbeiterklasse gegen die Felle der Reaktion existierte für sie nicht. Sie hatte Widergespenst zu tun: die Schwärzung der Reaktion und des Nationalitätenhasses im Inneren, die schließliche Abneigung gegen die Kämpfer, die Juden und die Perier, nahm ihre ganze Kraft in Anspruch. Nun aber, da die Wahlschlacht in Deutschland geschlagen ist, und der Sieg der deutschen Sozialdemokratie sich bereits durch eine veränderte politische Konstellation kund gibt, mußte das Schwereisen gebrochen werden. Die *Wostok* Wremja, das führende Organ der russischen Bureaucratie, das während der ganzen Wahlkampagne geschwiegen hat, ereignet das Wort zu einer Würdigung der Wahlergebnisse. Weibst in allen Tiden und Schänden des Staatsrechts, empfiehlt das russische offizielle Blatt der deutschen Reichsregierung, den Reichstag zu verjagen und sich aufzulösen! Der Kuriosität halber sei die Argumentation des Blattes wiedergegeben: „Die Wahlkölten in Deutschland — schiebt es — sind sehr hoch. Die Sozialisten, die ihre Kandidaten in allen Wahlkreisen aufstellten, haben ihre Parteiensätze sehr erschöpft und werden (sowohl im Lande, als eine zweite Wahlkampagne zu führen. Wie stark die Unzufriedenheit des deutschen Volkes mit der Regierungspolitik auch ist, kommt dennoch nicht so sehr die Unzufriedenheit in Betracht, als die Art, wie sie ausgenutzt werden soll. Wird der Reichstag unverzüglich aufgelöst, so können die Sozialisten mit einer letzten Kasse schwerlich einen solchen Sieg wie jetzt erringen.“

Das ist aber keineswegs das einzige Argument des russischen Staatsrechtsblatts. Es zieht ferner Frage auch auf das Gebiet der auswärtigen Politik hinüber. Die deutsche Reichsregierung — schreibt es — habe im verflochtenen Sommer das Mandat von 1906 wiederholen und einen patriotischen Rumormel infanzieren wollen. In diesem Zweck sei ein Kriegsschiff nach Agadir entsandt und der Streit mit Frankreich angezettelt worden. Indessen habe man dieses Unnehmene zu früh eingeleitet und es deshalb vor den Wahlen hinführen müssen. Aime es nun zu einem Konflikt mit dem Reichstag, so werde die Regierung, um ihre Gegner bei den Wahlen schlagen zu können, zu wirksamern äußeren Aktionen greifen müssen, als das vor den letzten Wahlen der Fall gewesen ist. „Darin — so schließt das Blatt — liegt für Europa die Gefahr der sofort abgeschlossenen Parlamentswahlen in Deutschland.“ Diese Ausdeutung des russischen offiziellen Blattes dürfte für die deutsche Regierung kaum sehr angenehm sein. Die Konkurrenten im imperialistischen Expansionskämpfe pflegen mitunter eine recht feine Nase zu haben. Und das im Wissen der einheimischen „Staatsräuber“ noch als frommer Wunsch für die Zukunft schlammert, wird zum wenigsten von auswärtigen Freunden und Feinden laut in alle Welt hinausgeschrien.

Deutsches Reich.

Der gepregte Seniorenonent. Reichher v. Eissa, der neue Präsident des preussischen Dreiklassenbaus, hat sich dem Wiederzujammertritt des Seniorenonent zu ermöglichen. Die Konfessionellen beharren jedoch auf ihrer Weigerung, den Seniorenonent zu beschicken, solange ihm ein Sozialdemokrat angehört. Der Versuch des Präsidenten ist jedoch gescheitert.

Die vornehmen Jünger, die nach Stal und Luto duften, wollen mit dem Proletariat Adolf Hoffmann nicht an einem Tisch sitzen.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur. Nach einer halbamtlichen Meldung erörtern die verbündeten Regierungen die

Frage, ob es zum höheren Schutz der deutschen Jugend vor fittlicher Verderbnis nicht angemessen wäre, die §§ 154a und b des Strafgesetzbuchs und §§ 2612 und 22a der Reichsgewerbeordnung einer Änderung, d. h. einer schärferen Fassung, zu unterziehen.

— In Wilhelm II. befehligt. Das Münchner Zentrumblatt, der Bayerische Kurier, schreibt: „Man wird es auch glauben, daß der Kaiser über diesen Wahlansatz ganz bestürzt ist und sehr wahrscheinlich den Reichstag nicht persönlich eröffnen. Ein Präsidium mit einem Mann in voll er nicht empfangen. Wenn es dem Reichsfanzler nicht gelingt, den Sozialdemokraten aus dem Präsidium fernzuhalten, dann kann er das frohe Wanderlied anstimmen. . .“

Dazu bemerkt die Tägliche Rundschau: „Das alles entsteht, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, jeder Begründung. Weder ist der Kaiser über den Wahlansatz ganz bestürzt, noch ist es irgendwie erschieden, daß er den Reichstag nicht persönlich eröffnen werde, noch hat er erklärt, ein Präsidium mit einem Mann nicht empfangen zu wollen, noch tritt der Reichsfanzler zurück, wenn die Sozialdemokratie ins Präsidium gelangt.“

Nezu weiter zu bemerken ist: Weder durch den Abgang Reichmann Hollmann noch durch den Nichterwählung des Präsidiums würde die Aufgabe des Reichsfanzlers werden können, daß 119 Sozialdemokraten mit 47 Millionen Stimmen in den Reichstag gewählt sind und dort ihre verfassungsmäßigen Rechte ausüben werden.

— Spionageprozeß gegen einen Polizeikommissar. Vor der Strafkammer in Essen hand gegen den Polizeikommissar a. D. Ernst Reich wegen Spionageverbroches. Manum der Reichsfanzler nicht in Leipzig verhandelt wurde, entschied sich für die Kenntniss der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit wurde für die Dauer der Verhandlung und der Urteilsergänzung ausgeschlossen. Reich wurde nach achtstündiger Verhandlung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Er wird beurlaubt, Arbeiter der Kruppischen Werke und der Maschinenfabrik Erhardt in Düsseldorf verurteilt zu haben, gegen sie haltende Nachrichten über Kriegsmaterial zu publizieren.

Schweiz.

Sozialdemokraten als Richter. Die Wahl der Richter durch das Volk gibt der Nechtspredigung in der Schweiz von vornherein einen volkstümlicheren Charakter. Wie sich das in der Praxis und besonders da äußert, wo die Sozialdemokratie Einfluss auf Gesetzgebung und Nechtstprechung hat, darüber sind in unserm St. Gallener Parteiblatt, der Volkstimme, folgende interessante Ausführungen zu lesen: Die Staatsanwaltschaft im Kanton Zürich kommt in gewissen Fragen der sozialdemokratischen Auffassung denkbar weit entgegen. Wenn zum Beispiel Frauen wegen Verbreitung der Leibesfrucht vor dem Schwurgericht stehen oder wenn arme verweisselte uneheliche Mütter ihr Kind getötet, dann macht der Staatsanwalt von seinem Rechte, die Hälfte der Geschworenen abzulehnen, jedesmal Gebrauch und bevorzugt durchweg die sozialdemokratischen Geschworenen. Von ihnen weiß er, daß sie am besten in der Lage sind, die soziale Notlage der Angeklagten zu verstehen und die aus der Armut, Arbeitslosigkeit, aus Hunger und Elend geborenen Triebkräfte des Verbrechens zu verstehen. Und dann werden regelmäßig die Angeklagten freigesprochen. Die jedoch, die die Verbreitung gewerbsmäßig betreiben, ebenso die, die Reserpte verkaufen usw. werden bestraft. Freilich darf dabei nicht vergessen werden, daß ja nicht nur diese Geschworenen, sondern auch Richter gute Sozialdemokraten sind, die natürlich die sozialen Ursachen der Verbrechen weit besser erkennen als das Elend nur theoretisch kennenden bürgerlichen oder gar die preußischen!

Portugal.

Die Streifenbewegung in Lissabon hat förmlich einen revolutionären Charakter angenommen. Die Regierung, der die Bewegung gänzlich überausend gekommen sein mag, weiß ihr in ihrer Kopflageheit nach berühmten Mustern nicht anders zu begegnen, als mit brutalen Mitteln. Leber Lissabon wurde, wie schon geteilt gemeldet, der Belagerungszustand verhängt und das Generalkommando der Militärdivisionen ist mit der „Ausbreitung der Ordnung“ in allen Stadtteilen betraut worden. Bakirende Hauskuchungen an werden in der Stadt bei den Verurteilten vorgenommen, die „berühmte“ erscheinen, mit den Aufständischen gemeinamie Sache zu machen. Viele Verhaftungen sind vorgenommen worden. Die Leiter der Ausstandsbebewegung wurden in Haft genommen. Die Verhafteten werden auf Kriegsschiffe gebracht werden. Kanallerie und republikanische Garden halten alle Hauptstraßen besetzt. Den Einwohnern der Stadt ist streng verboten worden, nach 8 Uhr abends ihre Häuser zu verlassen. Am Mittwoch früh wurde das Verlamungsgedäude des Arbeiterverbandes, in dem die Leiter des Streiks Tag und Nacht verlammt sind, von Truppen umstellt und alle Anwesenden für verhaftet erklärt. Der befehlshabende Offizier gab ihnen eine Stunde Bedenkzeit, sich zu ergeben. Nach kurzem

Bögern ergaben sich alle Verhafteten, sechshundert an der Zahl, der Regierung und wurden an Bord des portugiesischen Kriegsschiffes Beto de Alencar und der Freigate Don Fernando gebracht.

Der davon gejagte König Manuel soll wieder von großen Schwestern erfüllt sein, daß die gegenwärtige Bewegung keinen Wänden, der Wiedererrichtung der Monarchie, zugute komme. — Das portugiesische Volk dürfte dafür sorgen, daß diese „Hoffnungen“ gründlich zuhanden werden!

China.

Der Thron gibt nach. Der „Sof“ hat die Bedingungen der Abdankung angenommen. Die Abdankung der Mandchudynastie wird dann verlinbet werden, wenn verschiedene noch zu erledigende Fragen geregelt sind. In einer Mitteilung sagt Yuanfuchai, er habe nicht die Absicht, sich um die Präsidentschaft der Republik zu bewerben. Die Kaiserfamilie erlitten in einem Skulpte an der Eifenbahnlinie von Peking-Peking mit dem Revolutionären Führer der Revolution, die die Eifenbahnlinie gegen die Mandchudynastie gegen die Mandchudynastie gelangt.

Die Japaner verüben Expeditionen auf die chinesischen Wären sind ihnen zur Durchführung ihrer Absichten in der Mandchurien sehr gelegen gekommen. Sie haben jetzt den von ihnen schon seit geraumer Zeit beabsichtigten Einmarsch in der Südmandschurei vollzogen und die nicht fern der lorenzischen Grenze gelegene Hauptstadt der Mandchurien erreicht. In Würden herrscht große Unruhe.

Aus der Partei.

1000 neue Anwonenten

hat der Wahlkampf in Eberfeld-Barmen unsern dortigen Parteiorgan, der Freien Presse, gebracht. Seit dem Tage nach Weihnachten bis zum Tage nach der Weihnacht wurde die Freie Presse in Eberfeld-Barmen in doppelter Auflage verbreitet. Am Abend 2000 neue Leser traten während des Wahlkampfes hinzu und eine am Sonntag in beiden Supperbücheln hatgebende Hausausgabe zeitigte ein gleiches Ergebnis. Jeht am Wahlkampfbüchlein, ein Nechtstagsumblatt und vierzehn neue Leser der Arbeiterzeitung geben Zeugnis von der Schlagsfertigkeit unserer Organisation.

Bewerkschaftliches.

Der Lederarbeiterverband im Jahre 1911.

Am Jahre 1911 hatte der Lederarbeiterverband insgesamt 80 Streiks, Ausperrungen und Lohnbewegungen zu führen, die sich auf 232 Betriebe mit 6920 Beschäftigten verteilten. Von den 6920 Beschäftigten waren 4404 Personen an den Bewegungen beteiligt. Bei 79 Bewegungen in 225 Betrieben mit 4372 beteiligten Personen handelte es sich um Forderungen der Lederarbeiter an die Unternehmer und bei 7 Bewegungen in 7 Betrieben mit 131 beteiligten Personen handelte es sich um die Abwehr von Verschlechterungen der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den 88 Bewegungen mit 4404 beteiligten Personen waren 15 Angriffsstreiks mit 1344 Beteiligten, 5 waren Abwehrstreiks mit 118 Beteiligten, 5 Ausperrungen mit 907 Beteiligten, 59 Bewegungen ohne Arbeitsbeeinträchtigung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit 2022 Beteiligten waren alle erfolgreich, bezüglichen die 2 Abwehrbewegungen ohne Arbeitsbeeinträchtigung mit 13 Beteiligten. Erreicht wurde durch diese Bewegungen eine Verärgerung der Arbeitseitz für 1191 Personen um 2567 Stunden pro Woche und eine Erhöhung des Lohnes für 278 Personen um 4296 Mark pro Woche. Am Durchschnitte gerechnet also eine Arbeitsbeeinträchtigung von 2 1/2 Stunden pro Person und Woche und eine Lohnerhöhung von 1 1/2 Mark pro Person und Woche. Außerdem erhielten noch 464 Personen eine Lohnerhöhung von 320 Mark pro Woche durch die beschriebenen Tarifverträge. Durch die Abwehrbewegungen wurden für 76 Personen eine Verärgerung des Lohnes um 114 Mark, pro Woche, aber im Durchschnitte 1 1/2 Mark, pro Person und Woche, abgewehrt. Alles in allem kann gesagt werden, daß der Lederarbeiterverband auch im Bereiche der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Handlöhner sehr verbessert und hierfür erhebliche Opfer gebracht hat.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

<h1>Lebensmittel</h1> <p>Freitag = Sonnabend</p> <h1>Mussbaum</h1>	Schinkenspeck	Fund 88	Erbsen	Fund 18	Gebr. Gerste	Fund 15	Stangenspargel	2 Dof. 95
	Rauchfleisch	Fund 70	Bohnen	Fund 18	Gries	Fund 18	Leipz. Allerlei	2 Dof. 42
	Fetter Speck	Fund 58	Graupen	Fund 14	Tee	2 Bat. 15	Karotten	2 Dof. 30
	Schinkenwurst	Fund 95	Faden-Mudeln	1/2 Fund 14	Puddingpulver	5 Bat. 20	Spinal	2 Dof. 42
	Knackwurst	Fund 68	Haferflocken	Fund 22	Rote Grütze	4 Bat. 18	Kohlrabi	2 Dof. 32
	Roll-Schinken	1 ⁰⁵	Kakao	65	Zitronen	10	Apfelsinen	10 Stück 35 25
	ohne Knochen	Fund	rein	Fund	4 Stück	Fund		
	Cervelatwurst	Fund 95	Hafer-Kakao	1/2 Fund 25	Bouillon-Würfel	10 Stück 15	Kakes	1/4 Fund 10
	Salami	Fund 1 ⁰⁰	Mischobst	Fund 35	Oelsardinen	Dof. 35 28	Makronen	1/4 Dof. 15
	Sülzwurst	Fund 55	Birnen	Fund 25	Bratberinge	Dof. 45	Pralinee	1/4 Fund 12
Rotwurst	Fund 50	Pflirsche	1/2 Fund 30	Hering in Gelee	Dof. 25	Gem. Konfekt	1/4 Fund 9	
Land-Leberwurst	Fund 50	Eriswürste	3 Stück 25	Marmelade	1/2 10	Gem. Bonbon	1/4 Fund 9	

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 27

Halle a. S., Freitag den 2. Februar 1912

23. Jahrg.

Keine Wahlreform! „Junkerliche Frechheit!“

Preussisches Dreiklassenhaus.

4. Sitzung, Mittwoch, den 31. Januar, vormittags 11 Uhr.
Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.
Abg. Dr. Friedberg (natl.): Herr Vorred hat es gewünscht, daß 1907 ein förmliches Abkommen zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie bestanden hat. Dazu gehört allerdings nicht, (Sehr wahr! links.) Aber es ist der Mut des Kammersmannes, nicht der Mut des Christen, der aufrichtig das Streben nach Wahrheit hat. Es war ja nicht schwer, ihn aufmerksam zu überlegen und
Herr Hirsch hat dies Schärferamt gründlich genug besetzt. Wenn Herr Vorred darauf verweist, daß Konterabien und Zentrum gleich im ersten Wahlgang eine größere Anzahl Mandate erlangen haben, so kennt er ja auch sehr gut den Grund. Er weiß genau, daß die Konterabien ihren Schwerpunkt im wenig industriellen Osten und das Zentrum in den überwiegend landwirtschaftlichen Gegenden hat, während die anderen Parteien in baulastig und konfessionell gemischten Bezirken um Mandate ringen müssen. Vor allem kommt es auf die Gesamtlage der Stimmen an, und da wird er finden, daß seine besondern Schlingeln, die Konterabien, wenn man ihnen die 300 000 Stimmen abzieht, die das Zentrum ihnen sofort auf dem Präzidenteller entgegenbringt, hat, recht tief abgemessenen haben. Nicht schon war es, wie Herr Vorred über die Vertragstreue der Nationalliberalen sprach. Gestern triffte Herr Vorred von Patriotismus gegenüber der Sozialdemokratie. 1907 liang es anders aus dem Viehen des Zentrums, damals schrieb Herr Müller-Juda an Herrn Singer: Nachdem der Freisinn sich der Reaktion angegeschlossen hat, müssen wir, Zentrum und Sozialdemokratie, zusammengehen.“ (Hört, hört! links.) Wenn Herr Vorred wirklich ein Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien will, muß er einen ganz anderen Weg einschlagen und darf nicht nur den Splitter im Auge des andern sehen. (Bravo! bei den Natl.)
Vorred macht Ausführungen zum Etat und schließlich: Unsere Sollforderung muß unter allen Umständen bestehen bleiben. Für ein großes Angeld würden wir es halten, wenn im Gegenstand zu der bisherigen Finanzpolitik wieder eine Verschärfung eingebracht werden würde. (Bravo! bei den Natl.)
Der Staat Friedrichs des Großen ist fast fertig! Ja, im nächsten Gegenstand zum Abg. Hirsch behauptete ich, wir leben nicht in einem Polizeistaat, sondern im großen und ganzen in einem gebildeten Rechtsstaat, nur Reste des Polizeistaates sind noch vorhanden. (Bravo! bei den Natl.)

Minister des Innern v. Dahnwitz:

Die frühe Einberufung des Landtags ist vor allem mit Rücksicht auf die Wahlen erfolgt. Ein Wechsel in dem Kurze der Innenpolitik ist keineswegs beabsichtigt.
Was die Wahlrechtsreform anlangt, so habe ich im vorigen Jahre die Gründe dargelegt, welche nach dem Scheitern der Vorlage von 1910 eine Wiederbringung als unzulässig erscheinen ließen. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei den weitgehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der bürgerlichen Parteien über Art und Umfang einer Wahlrechtsreform keine Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Gegensätze zu überbrücken und eine Reformausführung über eine auch für die Regierung annehmbare Wahlreform herbeizuführen. Ich kann nicht anerkennen, daß sich die Verhältnisse in dieser Beziehung geändert haben, vielmehr haben die Verhandlungen über den Antrag Kraus am Schluß der letzten Session ganz deutlich bewiesen, daß eine Mäßigung und Annäherung der Parteien nicht stattgefunden hat (Sehr richtig! rechts), daß sogar die bestehenden Gegensätze sich eher verschärft haben. Ich glaube, daß die Reichstagswahlen die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt haben. (Sehr wahr! rechts.) Daher würde eine Wiederannahme der Wahlrechtsreform zu widers sein.

Der Erlass, durch den die Regierungspräsidenten aufgefordert wurden, einzelne Angriffe gegen die Regierungspolitik an mich zu richten, ist eine allgemeine Einweisung, sondern bedeutet eine ganz allgemeine Einweisung. Es ist eine fast unerträglich große Pflicht des Ministers, sich über die Angriffe zu orientieren, die im Laufe eines Jahres an der Regierungspolitik erheben werden, gleichgültig, welcher Parteirichtung die Urheber der Angriffe angehören. Entgegenungen der Regierung gegen solche Angriffe sind namentlich notwendig angebracht bei Verleumdungen und Entstellungen, deren sich die Sozialdemokratie bei ihren Kämpfen gegen die Staatsordnung vielfach bedient. (Lachen bei den Soz., Bravo! rechts.) Sie müssen namentlich den Reizien zugänglich gemacht werden, die jetzt noch im Sinne der Sozialdemokratie stehen und von denen die Sozialdemokratie alles herab, was den Völkern schadet, an die Unfähigkeit der sozialdemokratischen Führer, irgend etwas zu schüttern könnte. (Lachen bei den Soz.) Die Sozialdemokratie ist angänglich bemüht, ihre Anhänger auf die geistige Höhe zu heben, welche ihnen in Form von sozialdemokratischen Vorträgen, Flug- und Wahlplakaten nur zu oft gegen ihren Willen aufgedrängt werden. (Ruf bei den Soz.: Reichsverband!) Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Erlass veranlaßt worden ist durch die zunehmende Mangelhaftigkeit der Angriffe, deren sich die Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen den preussischen Staat und die bestehende Staatsordnung bedient. Dieser verhängnisvolle Tätigkeit soweit als möglich entgegenzutreten, ist Pflicht der Staatsregierung. (Sehr wahr! rechts.)

Herr Hirsch hat sich gestern bei Besprechung eines patriotischen Wahlaufrufs von Parteimitgliedern an dem Ausspruch beteiligen, daß die Wahl eines Sozialdemokraten mit dem Parteimitglied wohl vereinbar sei und daß eine abweichende Auffassung zur Erklärung der Beamten zur Beschäftigung führe. Meine Herren, ein Beamter, der seinem Landesherren den Treue geleistet hat, wird nicht diesen Blick in dem Augenblick, in dem er mittelbar oder unmittelbar die Verordnungen einer antimonarchischen Partei zu fördern unternimmt. (Bravo! rechts.) Selbstverständlich wird bei den Soz. Wenn ein Beamter Instand und Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, daraus

die Konsequenz ziehen und aus seinem Amte ausscheiden. (Bravo! rechts.)

Und er hat das nicht, dann wird er zum Eidesbrüder und Lügner. (Bravo! rechts.) Große Ehrfurcht bei den Soz. Das darf nicht geäußert werden im Interesse des Staates, der eider gegessene Beamte nicht brauchen kann, im Interesse des Volkes, das andere Begriffe von Treu und Glauben hat, als sie leider nach den Ausführungen des Abg. Hirsch bei einem Teil der ihm näherstehenden Kreise vorhanden sein mögen, und im Interesse der Beamenschaft, die mit Ängstern und Scheitern nichts zu tun haben will. (Hurra bei den Soz., Lebhaftes Bravo! rechts.)

Vorsitzender Reichert v. Erffa: Herr Abg. Hirsch, wie mir mitgeteilt worden ist, haben Sie dem Herrn Minister ausgerufen: „Ungläubiges Zeug!“ Ich rufe Sie dafür zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Reichert v. Erffa (freisinnl.): Die Thronrede zeichnet sich mehr durch das aus, was sie nicht erwähnt als durch das, was sie aufführt. Eine Wiederbringung der Wahlrechtsreform hat leider, der Verhältnisse wegen, erwarten können. Nach den Erfahrungen des letzten Reichstages ist eine Verhängung über eine solche Vorlage ganz ausfallslos. Im übrigen ist das Verprechen der Thronrede von 1908 durch die Vorlage von 1910 voll erfüllt worden. Die Durchführung dieses Verprechens wird gerade von denen verhindert, die die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen fordern, an die die Thronrede nicht gedacht hat. (Sehr richtig! rechts.) — Die Früchte des Zusammengehens der Liberalen mit der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen sind in der Hauptfrage der antimonarchischen Sozialdemokratie augute gewesen. Als Eidesbrüder hat man die Regierung hingestellt. Aber man wird sie mildernde Umstände zubilligen müssen; sie war durch Rücksicht auf die auswärtige Politik behindert. Doch war die Art, wie Herr v. Dahnwitz gegen Herrn v. Seidebrand Stellung genommen hat, nur geeignet, den Gegnern Wasser auf ihre Mühlen zu führen. (Sehr Zustimmung rechts.) Rechte ist es, wenn von der Regierung die Landtage immer als politische Beamte fixiert werden. (Ruf bei den Soz.) Absolutismus gibt es in Preußen nicht — außerhalb der Sozialdemokratie. (Gr. Heiterkeit bei den Soz.) Wichtig ist, daß die Beamten durch ihren Treue verpflichtet sind, sich von allen antimonarchischen Verordnungen fernzuhalten. Wenn Herr v. Dahnwitz sprach, so fragte ich: wie hoch es mit denen, die durch Entziehung der Beamtschaft zur sozialdemokratischen Beamtschaft gezwungen werden? (Bravo! rechts.) Abg. Hoffmann (Soz.): Glauben Sie das selbst?
Bei der Befragung von Stellen in der Verwaltung wird noch immer das entscheidende Gewicht auf die soziale Stellung des Beamten, nicht auf die Tüchtigkeit gelegt. (Hört, hört! links.) In den Kreisverordnungen hat der Sozialdemokratismus einen zu erheblichen Einfluß. Die Polenpolitik muß energisch und konsequent fortgeführt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Zampowski (Republ.) wendet sich gegen die denkwürdigen Ereignisse. In den Ohnmachten ist bereits über eine Milliarde zum Fenster hinausgeworfen. Der Finanzverein kompromittiert Preußen. Herr Reichert gegen die Provis der Bauernbank und der Anstaltungskommission und bezeichnet die Auffassung einiger Stimmen in Schwach, wodurch Herr v. Seide-Nowarra in die Einkassiert gedrückt wurde, als unrechtmäßig. (Bravo! h. d. Polen.)

Das Haus vertagt sich.

Abg. Hirsch (Soz., persönl.): Der Minister des Innern hat in Erwiderung auf meine geistigen Ausführungen über die Rundgebung der Beamten geantwortet: Wenn ein Beamter Instand und Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, daraus die Konsequenz ziehen und aus seinem Amte ausscheiden. Er hat hingewiesen: „Das hat nicht geäußert werden im Interesse des Volkes, das andere Begriffe von Treu und Glauben hat, als sie leider nach den Ausführungen des Abg. Hirsch bei einem Teil der ihm näherstehenden Kreise vorhanden sein mögen, und im Interesse der Beamenschaft, die mit Ängstern und Scheitern nichts zu tun haben will.“
Wenn die Worte des Ministers überhaupt einen Sinn haben sollen — nach der Selbstschöpfung aus ich das ja annehmen (Heiterkeit) — so laun damit nichts anderes gemeint sein, als daß er mir vorwarf, daß ich niedrige Begriffe von Treu und Glauben habe und der Lüge und Heuchelei das Wort rede. Sollte das so gemeint sein, so laun ich nur erklären: würde ein solcher Vorwurf außerhalb des Staates gegen mich erhoben, so würde ich das als unehrlich frechheit bezeichnen. (Anruhe rechts, Bravo! h. d. Soz.)

Herr Reichert v. Erffa: Wenn Sie auch diese Versicherung funktionell gemacht haben, rufe ich Sie doch deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung).
Schluß 4 1/2 Uhr.

Allerlei.

Schneestürme in Norwegen.

Ueber die Westküste Norwegens ist ein Schneesturm herein gebrochen, der längs der Küste zahlreiche Schiffsunfälle zur Folge gehabt hat. Heute sind an vielen Stellen ganze Wälder von Schiffstrümmern eingeschwemmt worden. Bei dem Veuchterum Bergen ging die normale Lage der Eise unter. Von der 15 Wäldern gelang ertranten 11 Mann, darunter ein deutliche Matrosen.

Von Bremerden überfallen.

Der Kattelan des Gesellschafters in Bergen ist heute abends auf einem Raubzuge Schiffe, die sich auf einem Keller die Treue hinaufbewegten. Er ging dem Geräusch nach und befand sich plötzlich zwei Männern gegenüber, von denen der eine einen Revolver in der Hand hielt. Der Beamte fürchte um Leben und vor der Vernehmung, auf das Schiffswort der durch den Schuß bedrohten Mann des Kattelan einen verächtlichen Personen den Hüfttasche nach. Der Schmeißermeister Vorhand wurde, als er sich ihnen entgegenstellte, zu Boden gestreift. In der Dunkelheit entkam die Verbrecher. An dem Vorkommen des Kattelan und des Schmeißermeisters wird gewartet.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 1. Februar 1912.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Donnerstag, den 1. Februar, findet im Volkspark eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Was ist eine und die Reichstagswahlen. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Albrecht. Außerdem sind dringende Vereinsangelegenheiten zu erledigen. Besondere Beachtung dieser Versammlung ist wohl selbstverständlich. Der Vorstand.

Geheime Verammlung der Gelben.

Ein gerispenntes Mählein der Gelben von Weisse u. Monstki gab sich gestern abend unter sorgfältigstem Ausschluß der Öffentlichkeit ein Stellweiden in den Kattelan. Die Zahl der Teilnehmer lieferte den Beweis, daß trotz Schwafriger, Anträgen der Herrn Weisse u. Reinicke ein besserer Sinn bei der großen Mehrzahl der Arbeiter von Weisse u. Monstki noch nicht erloschen ist. Als Einleitung des Programms hielt der Herr Diten eine Anschauungsunterricht über Eisen und die Bedeutung zur Aufklärung der bei den WDG-Schülern in der Regel beobachteten patriotischen Fremde. Dann kamen Herr Weisse und Herr Reinicke an die Reihe. Sie verurteilten durch bombastische Reden das Minimum an Subjektiv zu begehren. Doch der Heberge Luft seinen Teil dabei abgeben, ist selbstverständlich. Der Hinweis auf die 8000 Mk. Kostenbestand sollte ebenfalls die Unterfälligkeitserklärer zu weiterer Anhänglichkeit zeigen, denn sonst wäre dieser Hinweis vollständig deplaziert. Die beiden Redner konnten es sich auch nicht verhehlen, auf die Bevorzugung der Gelben bei der von den Behörden überlassenen Turnhalle hinzuweisen. Die abgelenkteste Redensart, daß die Hosen für barocke, argem, nicht herbei die Leute scheren, denn sie wissen doch ebenfalls, daß eine Sumpflingel fast immer von der Natur besetzt wird, bis sie eines Tages hoch verodert oder verfaulst ist. — Da es bei solchen Zusammenkünften auch Begrüßungsschreiben und Danktelegramme geben muß, wurde in Ermangelung einer solchen, von höherer Stelle ein Schreiben des Herrn Seidebrand verlesen, in welchem dieser Herr den Versuch unternimmt, auch Darmstadt, seinen jetzigen Aufenthaltsort, gelblich zu vermissen. — Die Darmstädter Metallarbeiter haben auf den Herrn Seidebrand gerade noch gewartet. Nach einem vorläufigen Bescheid seiten Witten Kampmann, die Herren bei dem Bericht über den Fall Hermes-Heiterberg. Unter vollständiger Nichtachtung der Tatsachen, machte man den Gelben etwas vor, wobei, wie wir beobachtet konnten, einigen die Gelbsucht überfiel. Daß Herr Weisse als Schmeißer der Gelben alle Mienen ausgelegt habe voll, um den Gelben Heiterberg herauszuholen, ist verständlich. Er wird aber doch dem Kläger Seine nicht gunnen, mit Gelben, wie Heiterberg, gemeinsam vor Gericht zu erscheinen.
Damit sich die Gelben für die Hebelbenerei auch fernerhin ein geschicktes Mählein zeigen und das Bandurischen nicht herbei werden benachlässigt in der behältlich überlassenen Turnhalle Lehungsstunden abgehalten. Also, dann herbei, ihr Gelben, und mit Hurra auf den Bauß gelegt. Herr Weisse wird sich möglicherweise als Worturmer daran beteiligen.
Zum Schluß versprach man, im neuen Jahre noch mehr Schreden und Schifane anzuwenden, um die gelbe Sache nicht untergehen zu lassen. Ein witzlich ergebender Schluß.

Eine Krankenlaffenvertreterwahl in der Firma Weisse u. Monstki.

Durch Anschlag war den Arbeitern der Abteilung Turnstrake bekanntgegeben, daß die Wahl von Vertretern vorgenommen werden soll. Unter anderem für die Vertreter, geschäftlich, die Schloßerei ein Vertreter. Diese Wahlen wurden nicht herbei, Selbstverständlich hatte man im voraus mit einem Siege der Gelben gerechnet. Aber als die Hefe der Gelben, die Dreher Luft und Kreisfmann, wurden nicht gewählt. Wohl aber in der Schloßerei bei „Welle“. Anmuth wurde seitens der „gelben“ Hänglinge versucht, die Wahl für ungültig zu erklären. Als Grund wurde angeführt, daß die Hosen anstatt einer Stimmzettel zwei abgeben haben sollten. Als weiterer Grund wurde angegeben, daß der Leiter der Wahl die Hosenblätter nicht hinzugegeben habe. Hübmann verurteilte diese Gründe. Jeder von der Abteilung Turnstrake wurde erklärt, die Hosenblätter sind als Vertreter gewählt. Die Erklärung die Wahl für ungültig, weil zu wenig Wahlrecht gewählt seien. Einige Tage darauf fand nochmals Wahl statt, unter Leitung des Herrn Erffa. Und das Resultat: In der Dreherei fielen die „Gelben“ abermals glänzend durch und anstatt der ersten zwei sind nunmehr drei Vertreter gewählt. Der Meinstoff dieser Hosen war noch größer als vorher. In der Schloßerei wurde ebenfalls ein der unfürigen mit gewählt. Darob große Enttäufung bei den „Gelben“. Wir können den Herren betrauten, daß eine ganze Anzahl „Mittelgeher“ für uns stimmen. Herr Becker aber erntet sich als ein Teil von jener Partei, die heis das Gelbe will und doch das Rote schaff.

Die Krankenlaffenvertreter „gewählt“ werden.

Ort der Handlung Halle a. S. Zimmer in einer großen Pumpen- und Maschinenfabrik. — Der Meister A. aus der Heiterkeit und der Kassenbandant U. unterhalten sich über die bevorstehende Vertreterwahl zur Betriebskrankenkasse. In einer Abteilung macht sich die Wahl eines weiteren Vertreters notwendig. Meister A. sucht den „Beisitzenden“ aus und schlägt ihn vor. Rentant B. erwidert: der Vorgefallene ist in der Art. Er erklärte die Wahl für ungültig, weil zu wenig etwas zu grün aus. Kassenbandant U. erklärt: die Hosen unangeleglich und konstatiert, daß der noch etwas grün aussehende Auswärtige das vorfällige Mählein erreicht hat. Darauf der Rentant B.: Na, dann können wir den als gewählt betrachten. So sollen Wahlen gemacht werden. Die Mitglieder der Betriebskasse haben nach Ansicht dieser Herren nur ja zu lazen.

Der Holzarbeiter-Verband Halle a. S. im Jahre 1911.

Man schreibt uns: Der Aufschwung der wirtschaftlichen Konjunktur im allgemeinen brachte auch den Holzarbeitern, vor allen den Tischlern, eine reichere Arbeitsgelegenheit, die

ist im Dritten Quartal zu einer Hochkonjunktur steigerte. Anfolgenden war auch die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt unserer Zuhilfenahme eine außerordentlich rege. Arbeitgeber, denen es sonst im Laufe nicht einfiel, den Arbeitsnachweis des verhassten Holzarbeiterverbandes zu benutzen, forderten Arbeitskräfte an. Gemeindet wurden insgesamt 534 offene Stellen, davon 70 für auswärts. Weicht werden konnten 304 Stellen, wovon 25 Stellen auf auswärts entfielen. Gegenwärtig ist die Vermittlung allerdings wieder rapide gestiegen, da ein recht häufiges Stellen der Konjunktur in der Holzindustrie eingetreten ist. Eine wirkliche Vermittlung in der Arbeitsvermittlung wird erst dann eintreten, wenn auch in Halle der paritätisch-obligatorische Arbeitsnachweis erkämpft ist. Hinsichtlich der Lohnbewegungen war das Jahr 1911 ruhiger als das Jahr 1910. Das erklärt sich zum großen Teil aus dem Umstand, daß für das Gros der Mitglieder, die Zähler, im Jahre zuvor ein dreijähriger Vertrag abgeschlossen wurde. Inzwischen haben sich 250 Kollegen in Lohnbewegungen gefanden, die ausnahmslos günstig für die Kollegen erledigt wurden. Das Vertragsverhältnis wurde durch einen Vertragsabschluss mit der Firma W. W. Söhne in S. von den Kollegen eine Verlängerung der Arbeitszeit von 5 Stunden pro Woche und eine Lohn-erhöhung von 7 Pfg. pro Stunde über die Vertragsdauer brachte, erweitert. Ebenso gelang es, mit den hiesigen Modell-fabriken einen Vertrag zu vereinbaren, der die Arbeitszeit pro Woche um 6 Stunden vergrößert und die Löhne pro Stunde um 9 Pfg. für die Vertragsdauer steigert.

Die Zahl der Mitglieder hob sich im Vorjahre, bei 731 Zugängen und 513 Abgängen, von 906 auf 1124. Darunter sind 1037 männliche, 86 weibliche und 2 jugendliche Mitglieder. Neu aufgenommen wurden 340 Mitglieder.

Mitgliedererklärungen wurden 12 abgegeben. Die insgesamt von 1719 Kollegen befreit waren. Im Durchschnitt betrug der Verlassungsbeitrag 142 Mark. Das ist im Anbetracht der Mitgliederzahl ein äußerst mäßiger Betrag und es ist zu wünschen, daß in diesem Punkte eine baldige Besserung eintritt, zumal von der Verwaltung alles aufgegeben wurde, die Verlassungen interessant und lehrreich zu gestalten.

Eine im November aufgenommene Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bau- und Holzarbeiter ist den Mitgliedern gerührt überreicht worden. Die Aufnahme erforderte sich über 73 Betriebe mit 537 beschäftigten Stellen. Es ergab sich ein Durchschnittslohn von für alle Betätigten von 51 1/2 Pfg. pro Stunde.

Der Stellenbericht für 1911 zeigt folgende Zahlen: Die Hauptzahl hängiger in Gewerbe und Industrie mit 2018006 Mark. An die Hauptzahl konnten im Laufe des Jahres 16000 Mark abgeführt werden. Die Einnahme der Postkasse beziffert sich auf 2020133 Mark. Die Ausgabe auf 815991 Mark. Das Vermögen der Zuhilfenahme ist von 533503 Mark auf 1034814 Mark. Davon sind über 10000 Mark einströmend. In den verschiedenen Unterabteilungen wurden 065604 Mark an die Mitglieder ausgezahlt.

Im allgemeinen können die Holzarbeiter mit dem Abschluß des Jahres 1911 zufrieden sein. Eine volle Friederbeit aber wird erst dann erreicht, wenn der letzte Holzarbeiter als tätiges Mitglied seiner Organisation angehört und mit voller Lebens-genugungstreue die Ideale und Prinzipien der Arbeiterbewegung in die Praxis und Tätigkeit in organisatorischer und agitatorischer Beziehung geleistet werden müssen. Es ist die heilige Pflicht jedes Kollegen, an diesem Werke mitzu-arbeiten, damit das erwünschte Ziel sobald als möglich erreicht wird. Das Jahr 1912 bringt uns wieder den Vertrags-ablauf für die größte Vertragsgruppe. Das be-deutet neue Kämpfe. Deshalb müssen wir gerüstet sein.

In der Generalversammlung am 28. Januar erstattete der Kollege Schnabel den Geschäftsbericht. Der Massenbericht lag vorverfügbare vor. An dem Berichte konnte die Verammlung nichts ausfinden. Dem Massenericht wurde auf Antrag der Revisoren Genehmigung erteilt. Bei der Kenntnis der Generalversammlung wurden sämtliche Kollegen wiedergeburt. Nur für den Bezirk Ammendorf ist der Kollege Otto Hofmann für den zurück-getretenen Kollegen Kretschmer gewählt.

An das Karneval sind die Kollegen Schnabel, Nijßer, Winkler-mann und Karl Hofmann delegiert. Die Vertretung in der Bauarbeiterkommission sollen die Kollegen Laberenz und Schultheiß ausüben.

Sum Kapitel: Heberflüsse Anzeigen.

Original gestaltete sich eine gestern von dem Schöffengericht stattgehabte Verhandlung, in der ein Herr angeklagt war, dessen Hund unbeaufsichtigt auf der Straße herumlaufen zu lassen. Der Beklagte behauptet das Verbrechen eines Hundes und sein Koter hat die Gewohnheit, über kurze Fenster auf die Straße zu gehen. Eines Tages war der Hund ebenfalls durchs Fenster gekommen und ein Polizeibeamter hatte ein Strafmandat erteilt. Der Hundbesitzer war erkünder darüber und beantragte gerichtliche Entscheidung, da sein Hund am betreffenden Tage nicht unbeaufsichtigt herumlaufen sei, denn seine Koter habe den Hund vom offenen Fenster aus beobachtet. Der Hund sei nur einige Augenblicke auf der Straße und nur etwa zehn Schritte von dem

Haufe des Hundebesitzers entfernt gewesen. Die Frau des Beklagten bestatigte diese Angaben in glaubwürdiger Weise. Dem als Zeuge geladenen Schuhmann entfaltete unter ständlicher Herrschaft der Ankläger, er habe leider die Gewohnheit des Hundes am Fenster nicht geliebt. Natürlich meinte Zeuge die Frau des Beklagten. Der Beklagte, der die Anzeige erteilt hat, schämt in der Verhandlung nicht auf. Der Angeklagte wurde freigesprochen mit der Begründung, es wäre schon besser gewesen, wenn man solchen Fall nicht zur Anzeige gebracht hätte. — Bald darauf hatte sich ein Arbeiter zu verantworten, der am Abend des 5. Dezember durch lautes Sprechen auf der Zimmerstraße groben Unfug verübt haben sollte. Der Mann, der sich auch noch mit einem Individuum als Streitobjekt verhalten hatte, meinte, die ihm zugewandte Strafverfügung sei vollständig unbegründet. Das Gericht möge ihm doch befehlen und richtig Recht sprechen. Der Gerichtsvorsteher meinte, das sei ganz selbstverständlich, daß im Gericht Recht gesprochen werde. „Klassenkrieg kennen wir nicht.“ Tatsächlich hatte der Arbeiter auch mit seiner Verurteilung gegen die Strafverfügung Erfolg. Er war am erwähnten Abend auf der Straße von seinem Hausnachbar gerastet worden, hatte dann etwas laut geantwortet und sein Gegner hatte ihn dann wegen angeblicher Verwundung groben Unfugs angezeigt. Der Gerichtsvorsteher meinte, daß die Polizeiverwaltung solche Anzeigen es sei dies nicht die erste — annähme. Solche Straftaten können nicht anders, als mit dem Gebot der Verhaftung angedroht werden. Der Unfallsanfall beantragte freigesprochen, da durch die Tat des Unfallsanfalls der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung nicht verändert sei. Das Gericht erklärte auf Freisprechung mit der Begründung, solche Anzeigen müssen sehr mit Vorbehalt gemessen werden. Der Fall eigene sich gar nicht zum Erfolg einer Strafverfügung. Die Kosten trägt die — Staatskasse.

Der hiesige Zeitschriftenmarkt ist bis auf weiteres eingestillt worden. Viele Abnahme erfolgte, weil der Block der Bücher an den letzten Verkaufstagen derartig gering ausfiel, daß es nicht mehr lohnte, damit fortzusetzen. Das geringe Interesse der Bevölkerung an dem hiesigen Unternehmern ist ebenfalls darauf zurückzuführen, daß hiesige Verleger in der Lage waren, billiger zu verkaufen als die hiesigen Verleger. Möglich ist es auch, daß die unübliche Abschätzung der Gebote durch Schuldverpreise beizugehalten werden sollte. Es wird deshalb auf sein, wenn die Kommission in der nächsten Zeit die Preise stark beobachtet, um zur gegebenen Zeit wieder eingreifen zu können.

Eine neue erhebliche Steuerbelastung hat uns die Provinzialverwaltung auferlegt. Die Provinzialrenten sollen um ein Drittel erhöht werden. Weiterhin sollen die 12 Prozent der Provinzialausgaben zu beschließen, die auf 15 Prozent zu erhöhen. — Im hiesigen Etat für 1912 sind die Provinzial-steuern mit 393120 Mark eingestellt, 9120 Mark mehr als im Vorjahre. Diese Summe muß um mehr als 90000 Mark erhöht werden, was wieder ein schmerzliches Los in den hiesigen Etat ist. An die Provinzialverwaltung der hiesigen Steuern infolge der nachträglich noch herausgerechneten 100000 Mark Verbrauchs ist jetzt nicht mehr zu denken. Die Provinzial-verwaltung nimmt diesen Betrag aus Idankentum vor der Rate fort. Und Weiler die es bleibt die Parole.

Der hiesige Bauwesenstand bedarf in seiner jetzigen Lage eine Besserung der Bauverfahren für 12. Baustraßen 5 und 6. Der Bauwesenstand zeigt, daß der Quadratmeter Land zur Straße ausreicht. Er verlangt für den Quadratmeter 75 Mark. Der Preis wurde bewilligt. Für den Anlauf der Jahre bei Bettin wurden 300 Mark verlangt. Der Anlauf bedarf, daß ein Arbeiterentwurf mit dem Verkäufer, dem Käufer der Domäne Bettin, getroffen wird, daß ihm noch das Abtreten seiner von der Stadt aufgetragenen Meier erlaubt werden soll, worin er dann die Jahre unentgeltlich abtritt. Die Bauverfahren der Grundbesitzverwaltung und der Bau-verwaltung wurden mit Heinen Änderungen genehmigt. Für die Erbschaft des Friedrichs des Älteren und Pfingstberns und der Schmittstiftung wurden die vorgedachten künftigen Veränderungen genehmigt.

Volkspar. Im allen Freunden und Gäten des Volkspartei in der Karnevalzeit einige fröhliche Stunden zu bieten, sind, wie aus dem Interat ersichtlich ist, einige Abendveranstaltungen getroffen, bei welchen eine eigens dazu beschaffte Musikpartelle für die Vorbesetzung mitwirkte. Am Freitag den 2. Februar, findet im großen Saale ein Volksfest mit Unterhaltung statt. Am Sonnabendabend ist in den unteren Räumen ein gemütliches Fest mit 11 1/2 Uhr ist im großen Saale ein originelles Festbühnenprogramm vorgesehen. — Von nachmittag an beschafft alle Genossen in den unteren Räumen zu einem gemütlichen Familienabend. Eine Musikpartelle sorgt für muntere Stimmung, Liebeserle und Mägen werden frei geliebt.

Die Einnahmen des Volksfestes Halle. Im letzten Rechnungsjahre, das mit dem 31. März 1911 geschlossen hat, hat der Ober-Bauverwaltungsamt Halle an Paris und Zellegenen gebühren über 10 Millionen Mark verausgabt. Die gesamten Einnahmen der Reichspost betragen gleichzeitig nicht ganz 6491 Millionen Mark. Den größten Teil (1/2) davon bringt der Bezirk Berlin mit 44 Millionen auf. Am meisten haben weiter Hamburg mit 12 Millionen, Düsseldorf mit 44, Leipzig 28, Dresden und Frankfurt a. M. je 20 1/2, Köln 21, Erfurt und Dortmund je 20 1/2, Wain 20, Darmstadt 17, Magdeburg und Karlsruhe je 16, Hannover 14, Bremen 12 1/2, alle 12. Stra-

burg 11 1/2, Bremen und Potsdam je 11, Halle 10 usw. Die meisten Einnahmen hat Gumbinnen mit 4 Millionen.

Ausstellung des Halleischen Bürgerbundes gegen die Schand-literatur. In den Tagen vom 8. bis zum 12. Februar ver-anstaltet der Halleische Bürgerbund in der Aula der Schule an der Deubaustraße eine Ausstellung zur Veranschaulichung der Schand-literatur. Dort wird man mit wenigen Werten eine Veranschaulichung des Heils gewinnen, sich erhalten kann, nicht so leicht erhalten kann. Wer weiß es denn, welche Massen jenes Schandes jährlich fabriziert und unter die Leute gebracht werden, der Kindern und jungen Menschen den Kopf verbricht, ihre Einbildungskraft unnatürlich reizt, den Sinn für wahre menschliche Größe und Tugendheit trübt, ihren Glauben ver-bricht, sie zum Hohn und Spott herabzieht? Wie unangenehm fällt das Gewand sich, unter dem sinnlose und „geschäftsständige“ Verleger diese Art Ware an den Mann zu bringen wissen? Und wie viele Millionen die „Volkstrennen“ jahraus, jahrein aus den Taschen ihrer Kunden ziehen? In der Ausstellung wird all das durch die Tafel und Proschüren deutlich vor Augen geführt. Daneben ist eine große Sammlung guter billiger Bücher zur Freieigenschaft ausgestellt; diese Bücher bilden je das geeignete Gegenmittel gegen den Schand. Die Besucher der Ausstellung sollen darauf hingewiesen werden, wie viel aller-besten Lesestoff man heute für ganz wenig Geld erhalten kann. Ein Anhang enthält ferner auf andere „unliterarische“ Mittel in-stimmte gegen das Lesen des Schandes aufmerksam machen: „Schandhaftigkeit“ und „Gefährlichkeit“, Handarbeit, vor allem aber gesunde Verlesung: Lärnen, Wandern, Spiel und Sport. Der Besuch der Ausstellung kann angelegentlich empfohlen werden.

Eine Masskurpensionsgenossenschaft mehr. Der Minister des Innern hat bestimmt, daß in Zukunft staatliche Prüfungen für Heilgehilfen und Masseure nach den Vorschriften vom 18. Februar 1903 nicht mehr abgehalten und entsprechende Zeugnisse nicht mehr zu erteilen sind, da in den erforderlichen Bereichen allgemein anerkannt ist, daß ein großer Teil der Heilgehilfen, die in staatlich geprüften Heilgehilfen und Masseure ausüben sollen, von den staatlich anerkannten Krankenpflegern geleitet wird, und daß deren Ausbildung die überwindende Mehrzahl der im Be-fähigungsbereich der Heilgehilfen und Masseure aufgeführten Heilgehilfen in sich schließt.

Von der Heilgehilfen-Prüfungskommission am hiesigen Schlichter wurden am Montag den 29. Januar 1912, folgende Heilgehilfen freigestellt: Es wurden besetzt für 50 kg Heilgehilfen für Odien; Höchster Preis 72, niedriger Preis 69, häufigster Preis 70 Mark; für Büche: Höchster Preis 70, niedriger Preis 64 Mark; für Zehnfüßer: Höchster Preis 82, niedriger Preis 75, häufigster Preis 79 Mark; für Lämmer und Wollschaf: Höchster Preis 78 Mark; für Schafe: Höchster Preis 70, häufigster Preis 62, niedriger Preis 67 Mark; für Scheweine: Höchster Preis 65, niedriger Preis 60, häufigster Preis 63 Mark. Den Schewen verbleibt sich der Preis auf 50 kg Schafschmuck, Genossen und sowohl werden nur bei beiden Körperhöhen, einschließlich des Schewens unter unentgeltlicher Anprobe des sogenannten Stammes: Weichlinge, Wogen, Dorn, Mittel und Woll.

Die Festsetzung bringt in seinem neuen Programm wiederum eine recht wirkungsvolle Wälder. In dem Wälder den Verordnungen entgegen ist eine dramatisch bemalte, vordere Sand-lage mit den eigenartigen Schönheiten einer tropischen Wald bis auf glückliche Vereinigt, und die ergiebige Komit der Wälder Komit: Was als Opfer des Vorbeur-Weines verbleibt das Publikum in anauernde, ausgelassene Fröhlichkeit. Das gefärbte Spiel indessen, ein „Drama“ von 1 1/2 Stunden Dauer, ist wie zu hoch und weidenschaftig angelegt, als daß es in seiner ver-logenen Fröhlichkeit anders als verurteilt werden könnte. Wo bleibt übrigens diesmal die technisch-wissenschaftlich-natur-wissenschaftliche Vorbereitung der einen oder anderen Akt, auf die sich die Ausnahmestellung des Bühnentheaters in dem anderen Kinematographentheater Halles gründen sollte?

Stadtheater. Freitag wird die mit so großem Erfolg in neuer Einbürgerung wieder in das Repertoire aufgenommene Oper Hoffmanns Erzählungen wiederholt. Sonnabend ist Colleen von Paul Desse, von Oberregisseur Schilling geleitet, in Szene. Vorkursulanten der Literarischen Gesellschaft haben Gültigkeit. Sonntag nachmittag Operetten-Fremdenvorstellung, Abends 7 1/2 Uhr der Freischütz. In Vorbereitung: Heiligen-wald (das Märchen vom Heiligenwald).

Ein Hund überfahren. Gestern mittag um 12 1/2 Uhr wurde in der Reichsgerichtsstraße an der Ecke der Hagenstraße ein ungefähr sechs Jahre altes Mädchen von einem Motorwagen der Stadtbahn überfahren, wobei es erhebliche Verletzungen am Kopf erlitt. Ob den Führer die Schuld auszusprechen ist, konnte nicht festgestellt werden. Eigentümlich an dem Unfall ist aber, daß dem Führer erst von Passanten zugeufen werden mußte, seine Wagen anzuhalten, so daß das Kind ungefähr zehn Meter von dem Wagen mitgeschleift worden ist.

Schwerer Unfall beim Schlittenfahren. Der Sohn des Schmiebes Otto Hofler stieg am Dienstag beim Schlittenfahren mit einem anderen Schlitten zusammen, wobei er heraus-geschleudert wurde und harte Verletzungen am Kopf und Hän-den erlitt.

Ein tödlicher Unglück hat die Klempnerschleute Leopold im Saale Theaterstraße 68 betroffen. Ihnen verbrannte am Dienstag nachmittag das allein in der Wohnung befindliche 19 1/2 Jahre alte Kind. Der Kleine hat anstehend an der Feuerung des Ofens gespielt, wobei herausfallende glühende

Moderne Kleiderstoffe

zu wirklich billigen Preisen.

Hervorragend schöne Sortimente in reichhaltiger, jeder Geschmacksrichtung
entsprechender Auswahl!

Einfarbige Kleiderstoffe

in allen modernen Geweben u. in den apertesten Farbentönen, mit u. ohne Bordüren.

Bitte meine
Schaufenster
zu beachten!

Konfirmations- und Prüfungskleider

in Satinuch, Serge, Crepe und Cheviot, solide, haltbare Stoffe in schwarz, weiss und farbig Mtr. von **75** Pfg. an.

Kurzwaren und Besätze
sowie sämtliche Schneider-Artikel nur erprobt
gute Qualitäten,
zu anerkannt billigen Preisen.

Konfirmanten-Jackets

in schwarz u. farbig 12.50 10.00 8.00

Eleg. Konfirm.-Kleider

nur Ia. Satinuch . . . 27.00 18.00 16.00

Alex Michel

Halle a. S.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Kranken- u. Sterbekasse d. Maurergewerks zu Halle a. S., gegründet 1755.

Sonntag den 4. Februar 1912 vormittags 11 Uhr
im Lokale „Drei Könige“, Kleine Klausstraße Nr. 7:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden und Kassierers vom verfloffenen Geschäftsjahre.
2. Das Ergebnis der Verhandlungen bezügl. der freien Artznahl.
3. Vorstandswahl.
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist jedes Mitglied verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand. J. A.: Herm. Voigt, Vorsitzender.

Allgem. Konsum-Verein, Halle a. S.

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).

Von Freitag nachmittag an:

„Kopflösen Kabliou“

à Pfund 18 Pfg.

● Ia. Qualitäten ●

Allerfeinste speckige
Alpen-Limburger Pfd. **48** Pf.

Garantiert reines, blütenweißes
Schweine-Schmalz Pfd. **54** Pf.

Süsse, wohlschmeckende
Apfelsinen Stck. **3** Pf.

F. H. Krause

15 Filialen.

Einem geehrten Publikum sowie meiner werthen Kundschaft hierdurch zur
gef. Kenntnis, dass ich mit heutigem Tage das 1855 von meinem Vater gegründete

Kolonialwaren- u. Spirituosen-Geschäft

wieder selbst übernommen habe.

Indem ich bitte, das früher mir in so reichem Maße entgegengebrachte
Wohlwollen auch weiter zu bewahren, zeichne

mit Hochachtung

Halle, den 1. Februar 1912.
Telephon 460.

Für den Ziegelei-Betrieb:
Telephon 2351.

Otto Hille,
Geiststrasse 68.

Kranken- u. Sterbekasse d. Maurer, Zimmerer u. verw. Berufsarten im Saalkreis, Sitz: Oppin.

Sonntag den 4. Februar nachmittags 3 Uhr im Siederischen
Lokal zu Oppin:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Das neue Recht der Hilfs-
kassen. Referent: Sekretär Klees, Halle. 2. Besprechung über
Anlösung der Kasse.
Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Eintritt
Unfahrscheinarten Die Selbstbuchhandl.

+ Frauen. +

Sichere Hilfe bei Erziehung und
Erziehung der Verheiratheten.
Stärke Nr. 4, 11 371, 6.50, 111 371, 8.
sowie sämtl. hygienische Bedarfs-
artikel billig.

Fil.-Dep. Dr. Conrad Scheidel,
Halle a. S., Gravenweg 3a. p. l.
Damenbedienung. Rückporto.

Hasenfelle

kaufen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2.

Metallarbeiter

Verwaltung Halle a. S.

Sonntag den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr,
im Bahnhofs-Restaurant zu Ammendorf
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht und Wahl eines Vertrauensmannes.
2. Bericht und Wahl eines Kartelldelegierten.
3. Verbandsangelegenheiten.

Die Verbandskollegen von Ammendorf und Um-
gegend werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu er-
scheinen. Die Verbandsleitung.



Distrikts-Versammlungen.

Böllberg-Wörmlitz. Sonnabend den 3. Februar
abends 8 1/2 Uhr im Gasthof zu
Wörmlitz, Weißer Wenzel.

Letzin u. Umgegend. Sonntag den 4. Februar
nachm. 3 Uhr im Gasthof
„Zur Erholung“ in Letzin.

Dörlau u. Umgegend. Sonntag den 4. Februar
abends 8 Uhr im Restaurant
„Knolls Hütte“ in Dörlau.

Die Tagesordnung ist in allen Verammlungen durch Hand-
zettel bekannt gegeben.

Einem guten Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband d. Zimmerer

Zahlstelle Halle a. S.

Sonnabend den 3. Februar, abds. 8 1/2 Uhr,
im „Volkspark“:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Was haben wir in unserem nächsten Kampfe zu erwarten?
 2. Unsere Agitation im Frühjahr.
 3. Verbands- Angelegenheiten.
- Die Mitglieder werden ersucht, in dieser wichtigen Versammlung
pünktlich und vollständig zu erscheinen. Der Vorstand.

Verein der Milchhändler v. Halle a. S. u. Umg.

Montag d. 5. Februar abends 8 1/2 Uhr im Engl. Hof
Monats-Versammlung

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt
notwendig. Der Vorstand.
J. B. Minsche.

Eilenburg.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonnabend den 3. Februar:

VERSAMMLUNG.

Gewerkschafts-Kartell.

Freitag den 2. Februar:

SITZUNG.

Konsumverein, Teutschenthal

e. G. m. b. H.

Sonntag den 11. Februar 1912 von nachmittags 2 Uhr ab
findet im Lokale des Gastwirts Herrn Karl Schumann eine

Ordentl. Generalversammlung

der Mitglieder des Konsumvereins Amtsbezirk Teutschenthal, ein-
getragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

- Die Tagesordnung lautet:
1. Berlegung der Bilanz und Geschäfts-Bericht über das verfloffene
 2. Entlohnung des Vorstandes. (Geschäftsjahr 1911.
 3. Reichthümlichkeit über Verteilung des Reingewinnes.
 4. Neuwahl eines Vorstandesmitgliedes und Neuwahl von drei Auf-
sichtsratsmitgliedern, welche laut Statut ausscheiden müssen.
 5. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

Der Aufsichtsrat

des Konsumvereins Amtsbezirk Teutschenthal, e. G. m. b. H.
Carl Köbberich, Vorsitzender.

Zur Anfertigung feiner Herren-Garderobe nach Maß
empfehlen sich
Otto Bartelt, Hallorenstrasse 1c, I. L.
Grosses Lager deutscher und englischer Stoffe.

Marokko.
Den vornehmsten Geschmack
befriedigende
Qualitäts-Zigarre.
10 Stück 60 Pfg.
Volles Format. ::
Blumiges Aroma. ::
Schneeweißer Brand.
J. Sanow, Geiststrasse 5.
Gegr. 1887. Ferrut 3875.

Möbel-
Ausstattungen
v. 200, 350, 550, 800
bis 8000 Mk.
stets am Lager.
Einzelne Möbel
sehr billig, empfiehlt
Friedrich Peileke,
Möbel-Magazin,
Halle a. S.,
Geiststrasse 25.
Gegründet 1888.
Eigene Tischlerei und
Polsterwerkst. i. Hause.

Zöpfe
finden Sie in größter
Auswahl
zu denkbar billigsten Preisen
bei
Zopf-Siebert,
Haar-Manufaktur,
Leipzigerstr. 33 u. 79 I.
Spezial-Damen-Frisier-Salon.
Kopfwäsche 1 Mark.
Frisieren 75 Pf.

Haben Sie
schon meine **Sitzkugeln**
(Knetgüßchen mit Schokolade
überzogen) probiert? Ich
möchte Sie gern als Kunden
haben.
Breitestrasse 1.
Carl Bouch, Marktplatz 1. Turm
und Leipzigerstrasse 61/62.

Der billige Verkauf
des Restbestandes
Grosse Ulrichstrasse 35
in Papier- und Schreibwaren,
Bücher, Bücher, Gesangbüchern,
Bandleichen, Portemonnaies,
Tintengläsern etc. findet jetzt
Magdeburgerstraße 24 statt,
vis-à-vis Wailiaia.

Tomond
für Nervenkopfw. eh.
Aussersichlich anzuwenden
gegen Nervenkopfw. Neuralgie,
Blutandrang gegen Kopf, Migräne,
Schlaflosigkeit, Brechreiz, Angst-
gefühl, Mattigkeit, ob rheumatis-
cher richtartig, wurde bei d. ver-
alteten Leiden mit größt. Erfolg
angewendet. Viele Dankschreiben.
Flasche 3 Mark. Zu haben:
Adler-Apotheke in Halle a. S.

Rossfleisch.
Diese Woche wieder ff.
Alles übrige wie bekannt nur dollkabel
A. Thurm,
Reilstrasse 10.

**Ka-
ta-
log
gratis.**
Direkt ar Privat:
In Chevreux-
Boxieder Schür- und
Knopf-Stiefel mit und
ohne Lackpappe
für Damen u. Herren Paar Mk. 5.50
Luxusaussführung.
Passweise Nachnahme.
7.50
Umtausch gestattet.
Deutsche Schuhzentrale, Pirmasens.
Holzschuhe
in großer Auswahl empfiehlt
billigst
J. Sternlicht, Alter Markt 11.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. F. Ign. — Druck der Halle'sch. Genossensch. Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Bezugspreis: dorn. Aug. 0.20, jährl. 1.30, 1.30. — Sämtl. i. Halle a. S.

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 27

Halle a. S., Freitag den 2. Februar 1912

23. Jahrg.

Die Jahres-Konferenz der englischen Arbeiterpartei.

Birmingham, 28. Januar.

Die Schlussung der Konferenz trat unter dem frischen Eindruck der Nachrichten von den letzten Wahlen liegen der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Der Präsident gab nur der allgemeinen Erwartung Ausdruck, als er die Sitzung mit dem Vorschlag des Vorstands eröffnete, die deutsche Partei oberhalb zu ihren Siegen zu begrüßen. Der Vorschlag wurde unter großem Jubel angenommen.

Die eigentliche Stellungnahme zur Taktik der Arbeiterpartei mußte in eine Diskussion einer Resolution über das Arbeiterverpflichtungsgesetz hineingezogen werden. Die Diskussion wurde vom Vortragsredner Gewerkschaftsrat und der Arbeiterpartei eingeleitet und hat folgenden Wortlaut:

Die Konferenz ist der Ansicht, daß gewisse Bestimmungen des Arbeiterverpflichtungsgesetzes die Gewerkschaften vermehren werden, daß die Verteilung der Beiträge ungerecht ist und daß das Gesetz eine übermäßige wirtschaftliche Last auf die Arbeiterpartei auferlegt. Sie fordert deshalb die Arbeiterpartei auf, auch weiterhin die Herabsetzung der Arbeiterbeiträge zu fordern, bis sie allmählich gänzlich verschwunden.

Nachdem Macdonald (Vortragsredner) und Sanders (Barbarianische Gesellschaft) die Resolution befürwortet hatten, erklärte Macdonald namens der Arbeiterpartei, daß er gegen deren Annahme nichts einzuwenden habe. Die Resolution wurde mit 24 gegen 30 Stimmen angenommen.

Auf den Vorschlag von Price und Abraham (Liberalistische Gewerkschaften) und Seddon (Liverpool) legte die Konferenz einstimmigen Protest gegen die barbarianische Art der Klassenjustiz in Cumberland und Liverpool gegen eine Anzahl von Streikenden anlässlich der Inuren beim Eisenbahnerstreik. Mehrere Arbeiter wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, trotzdem bündig erwiesen wurde, daß sie an den Inuren nicht beteiligt waren. Die Konferenz forderte die Regierung auf, die Opfer auf freien Fuß zu setzen.

Die Konferenz wandte dann der auswärtigen Politik ihre Aufmerksamkeit zu.

Keir Hardie brachte namens der J. L. P. die folgende Resolution ein:

Die Konferenz glaubt, daß die deutschfeindliche Politik, die im Namen der britischen Regierung von Sir Edward Grey verfolgt wird, eine Ursache der wachsenden Kämpfungen, der internationalen Gegensätze und des Verzichts an unterdrückten Nationen ist, und protestiert aufs schärfste gegen diese Politik. Die Konferenz ist der Ansicht, daß diese Diplomatie die gegenwärtige Regierung dahin geführt hat, einen Krieg mit Deutschland zu riskieren im Interesse französischer Finanzleute in Marokko, dem italienischen Auswärtigen in Tripolitanien und dem russischen Diebstahl in Mongolien zuzulassen und vor allem mit Auslands zusammen einen Kampf gegen die nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu führen. Sie drückt ihre tiefste Sympathie und ihre Unterstützung des persischen Volkes aus und fordert von der Arbeiterpartei des Inneren, für eine Umkehrung des gegenwärtigen Kurses der auswärtigen Politik zu kämpfen.

Keir Hardie sagte, daß die auswärtige Politik in einer Weise betrieben werde, als ob die englische Volk keine staatsbürgerlichen Rechte hätte. Alles geheisse insgeheim, im Dunkel und erst wenn alles abgemacht ist, hört das Volk, wohin es geführt wird. Man redet gerade jetzt viel von angeblichen Kontraktoren der Arbeiterpartei. Kann man sich aber etwas Schlimmeres denken als den Bruch der feierlichen Verpflichtung Englands, die Unabhängigkeit und Autonomie des Persiens zu wahren? Die Politik in Berlin muß zu einem Punkte führen, der die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England absolut unermesslich macht. Diese auswärtige Politik hat uns schon eine Vermehrung unserer Flottenausgaben im Betrage von jährlich 10 Millionen Pound Sterling gefolgt und sie muß sehr bald zu einer gewaltigen Vermehrung auch unserer Heeresausgaben sowohl zu Hause wie in Indien führen. Der Grund für diesen Kurs liegt darin, daß unsere auswärtige Politik nur auf die Interessen jener Leute ausgeht, die sich im Ausland anlegen haben. Sie wird von der Finanz- und dem Handel beiderseits und die mächtigste Folge davon ist, daß der Gegensatz zu Deutschland zur Grundlage unserer Politik gemacht wird. Er habe keine Liebe für die deutsche Regierung, aber wenn er zwischen ihr und der russischen Bureaucratie zu wählen habe, dann wähle er unbedenklich Deutschland. Er wies schließlich auf die englische Deputation, die gegenwärtig in Russland besucht, hin und erklärte, daß kein einziger Mann in dieser Deputation im Namen des englischen Volkes zum russischen Volke sprechen werde, sondern es ist eine Verhöhnung der herrschenden und unterdrückten Völker der beiden Länder. Keir Hardie nehme kein Mitglied der Arbeiterpartei an der Deputation teil, sondern auch alle Delegierte, die sich jemals abfällig über das Zarenregiment geäußert haben, sind ausgeschlossen worden.

Anderson, Präsident der J. L. P., unterstützte die Resolution. Der Grundgedanke unserer auswärtigen Politik ist das Beharren, Deutschland zu isolieren. Die Folge davon zeigt sich in dem wachsenden Betrüben. Es war nicht die Sache Englands, in der Maroffrage für die französischen Finanzleute gegen Deutschland aufzutreten und allen Auswärtigen Italiens und Auslands zuzuführen. Was habe überhaupt der Zweck dieser Kolonialpolitik sei die Ausbreitung der Zivilisation. Was hat aber Auslands den Vorkurs in den Händen der Zivilisation zu lehren? Die deutschfeindliche

Politik greift sich ein Ende nehmen. Diese Politik ist in Deutschland benutzt worden, um die Sozialdemokratie bei den Wahlen zu schädigen. Die Antwort des deutschen Volkes war aber klar und deutlich, daß es in Freundschaft und Frieden mit uns leben wollte. Es liegt jetzt an uns, dem deutschen Volke eine ebenso nachdrückliche Friedensbotschaft zu schicken. (Beifall.)

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Eine weitere Resolution über die Kriegsgesetze wurde von der J. L. P. und den Textilarbeitern eingebracht. Sie erkläre in dem Kriegsereignis eine Verletzung der ganzen Zivilisation, protestiert gegen die Kämpfungen, gegen Militarismus und allgemeine Wehrpflicht in allen ihren Formen und fordert internationale Schlichtung zur Schlichtung von Streitigkeiten. Die Resolution erklärt ferner, daß das beste Mittel zur Erreichung dieses Zieles in der Vermehrung der Arbeitervertreter in den Parlamenten besteht, wodurch es den Regierungen unmöglich gemacht wird, einen Krieg zu provozieren.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die J. L. P. brachte dann eine zweite selbständige Resolution über denselben Gegenstand, die Kriegsgesetze. Sie verlangt eine Unterbindung der Frage, inwiefern eine Arbeitseinstellung, allgemeiner oder partieller Streik, in den durch Krieg bedrohten Ländern geeignet sein könnte, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Auch diese Resolution wird mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Zu bemerken ist, daß es mit dieser Resolution keine eigene Gewandtheit hat. In Kopenhagen wollte die britische Section den Kongreß ohne weiteres auf den Generalstreik zur Abwendung des Krieges verpflichten und richtete scharfe Angriffe namentlich auch gegen die deutsche Section, weil sie sich nicht ohne nähere Prüfung der Frage dazu verhalten wollte.

Schließlich fand das Amendement Anderer die Annahme, daß erst eine Unterbindung und Unterbrechung, also der Verhinderung, der die Konferenz der Arbeiterpartei heute beschließt. Die vorjährige Konferenz der Arbeiterpartei in Leicester hatte jedoch auch diesen möglichen Vorschlag abgelehnt. Die britische Section kam dadurch unglücklich in eine sehr schwierige Lage. Sie hatte in Kopenhagen selbstbewußt im voraus den Preis eingefordert und konnte dann zu Hause, wie die Engländer sagen, die Ware nicht liefern. Aus dieser schiefen Lage ist die britische Section jetzt befreit worden.

Eine außerordentlich erregte und wichtige Debatte entspann sich über die Wahlrechtsfrage und das Frauenstimmrecht, Fragen, die gemäß den Erklärungen des Ministerpräsidenten Asquith in dieser Parlamentssession zur Entscheidung kommen sollen.

Anderson brachte im Auftrage der Eingieher eine Resolution ein, die das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter fordert und die Arbeiterpartei und die sozialistische Bewegung jede Reformbill, die die Frauen nicht einschließt, für unannehmbar halten werden.

Anderson (J. L. P.), der den Antrag unterstützte, erklärte, daß es die Frauen gewesen sind, die die Frage der Wahlrechtsreform in den Vordergrund gedrängt haben, und daß die Arbeiterpartei deshalb einen feierlichen Vorschlag machen würde, wenn sie eine Reform stiften ließe, die die Frauen nicht einschließt. Wir seien für politische Gleichheit beider Geschlechter, unsere Forderung ist aber, daß Frauen wahlberechtigt werden; allerdings müsse der Arbeiterpartei beträchtliche Aktionsfreiheit darüber gelassen werden, was sie unter unvorhergesehenen Umständen zu tun habe.

Emilie (Vergarbeiter) erklärte, daß sich die Vergarbeiter in einem sehr ersten Dilemma befinden. Sie sind bereit, mit allen ihren Kräften für das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter einzustehen, sie fordern auch von der Arbeiterpartei, daß sie sich zum letzten Augenblicke für die Einbeziehung der Frauen bei der Wahlrechtsfrage einsetzen, aber sie wollen der Arbeiterpartei nicht zumessen, gegen das allgemeine Wahlrecht zu stimmen, wenn ihre Bemühungen, den Frauen das Stimmrecht zu sichern, sich als vergeblich erweisen sollten.

Diese Aufstufung wurde von einem Teile der Delegierten mit ungläubiger Festigkeit bestritten. Der Abgeordnete Snowden (J. L. P.) rief aus, daß es nicht die rechtlichen Männer, sondern die rechtlosen Frauen gewesen sind, die die Agitation in dieses Stadium gebracht haben. Ein öffentliches Verlangen nach Emanzipation der nicht wahlberechtigten Männer gebe es überhaupt nicht und habe es nie gegeben. Was die Öffentlichkeit fordert, ist, daß die Rechtslosigkeit eines ganzen Geschlechts ein Ende nehme. Es wäre eine Schmach, wenn die Männer auf Kosten der Opferlosigkeit der Gefängnisstrafen kämpfender zu weiterem ausschließlichen politischen Vorteil gelangten.

Drau Anderson, früher Mrs. Mary Macarthur (Arbeiterinnenliga) wendete sich in fast peinigender Gefühlserregung an die Vergarbeiter und flehte sie an, die Frauen, die soziale Jahre Schüller an Schüller mit den Vergarbeitern gefolgt, jetzt in der Stunde der Entscheidung nicht im Stich zu lassen. Es wäre der schändlichste Verrat an den Frauen, wenn die Arbeiterpartei die Weigerung schon in diesem Stadium wissen ließe, daß sie sich schließlich auch mit dem allgemeinen Männerwahlrecht abfinden werde.

Die Vergarbeiter bekehrten jedoch bei ihrem Standpunkt und die Abstimmung ergab 919 000 gegen 688 000 für die Resolution. Dieselbe ist somit angenommen. Von den gegen die Resolution abgegebenen Stimmen entfielen 600 000 auf die Vergarbeiter.

Auf den Vorschlag des Gewerkschaftsrates von Portsmouth der Kriegshafenstadt, wird die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Konferenz spricht sich in der Überzeugung aus, daß es zwischen dem Militärismus in den deutschen Völkern keinen Streit gibt, und daß sie glaubt, daß ein umfangreicher Ausbruch dieser Überzeugung in dem gegenwärtigen

Augenblick von Wert wäre, daraufhin sie die Arbeitervertreter an den verschiedenen Lokalen der Arbeiterpartei gleichzeitig in allen diesen besprochenen Resolutionen zu beauftragen, daß dem deutschen Volke kräftige Grüße geschickt und sein Zusammenwirken im Dienste des Friedens verlangt wird.

Da die Zeit weit vorgerückt ist, werden eine Anzahl mehr oder weniger wichtiger Resolutionen ohne viel Diskussion verabschiedet.

Die nächste Jahreskonferenz findet in Glasgow (Schottland) statt.

Aus der Provinz.

Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Anteilige Feststellung des Stimmverhältnisses.

Am Montag fand durch den Wahlkommissar die amtliche Feststellung des Ergebnisses der am 25. Januar im Wahlkreis Merseburg-Querfurt patrongedungen Reichstagswahl statt. Die Prüfung der Wahlprotokolle war zur unangenehmen Überraschung ergeben, die nicht geeignet sind, das Ergebnis der Wahl zu beeinflussen. Das Ergebnis der Stichwahl stellt sich wie folgt: Zahl der Wähler 33 908, abgegebene Stimmen 29 418, ungültige Stimmen 686, gültige Stimmen 29 092. Von den gültigen Stimmen haben erhalten: Redakteur Bollender 16 500, Ortsbürger Wilhelm Koch-Innenstadt 12 590.

Unfälle.

In den bereits gestern gemeldeten Unglücksfällen, bei denen sechs Arbeiter tödlich verunglückt, wird uns aus Mücheln gemeldet: „Todesurteil“, so könnte man jetzt die Arbeitsstätten der Bergarbeiter des Gefelds bezeichnen. Es vergeht kein Tag, wo nicht Unglücksfälle meist schwerer Art vorkommen. So wurde am vergangenen Freitag früh 7 Uhr nach kaum begonnener Schicht der Bergarbeiter Ehr. Deutsch von der Grube Cecilie in Lüthenburg durch herabstürzende Kohlenklammern tödlich verletzt, daß er sofort nach dem Verunglückten in Halle geschickt werden mußte, wo er nach wenigen Stunden seinen Geist aufgab. Ein anderer Kamerad, der sich eine Verletzung zugezogen hatte, mußte ebenfalls ins Krankenhaus geschickt werden. Am selben Tage in der vorausgenannten Nacht wurden ebenfalls durch herabstürzende Kohlenklammern zwei Kameraden von der Grube Elisabeth bei Mücheln verunglückt. Nur durch schnelles Eingreifen mehrerer Arbeiter wurden sie vom sicheren Tode gerettet. Kaum waren die Unglücksfälle überall bekannt, als am Sonntag gegen 2 Uhr die Döbberstedt eintrat: auf der Elisabeth sind beim Aufgehen einer neuen Kette sechs Mann verunglückt. Der Kettenschuss, womit die schwere Kette zusammengezogen werden sollte, war verfehlt. Drei Mann sind schwer verletzt nach dem Verunglückten in Halle geschickt worden. Verletzt sind, wenn sie überhaupt mit dem Leben davon kommen, zeitweilig zum Krüppel geformt. Um das Maß voll zu machen, kam am Montag die Nachricht, daß wieder auf der Elisabeth ein Mann am Vaggar verunglückt sei. Also ein Unglücksfall innerhalb drei Tagen, die kleineren Unfälle gar nicht mitgerechnet. Wahrscheinlich, wenn das so weiter geht, dann braucht man von gewisser Seite den inneren Feind nicht mehr zu befürchten, denn dann liegt schon das Kapital dafür, daß die Arbeiter, die ja doch der „innere Feind“ sein sollen, mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.

Welches sind die Ursachen dieser häufigen Unglücksfälle? Antreiber, Schwelgen am Materialen und Arbeitsgeräten. Gerade auf der Elisabeth ist Gelegenheiten in schöner Weise. Dort mühen sich die Kameraden manchmal das Hals zum Verhängen geneigt haben, wenn sie ihre Arbeitsstätte einermachen sichern wollen. Alle weiteren Einzelheiten wollen wir uns für heute sparen. Am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 2 Uhr findet für die Vergarbeiter des Gefelds eine öffentliche Versammlung im Vereinssaal in Gießhülfen statt, in welcher das Weitere besprochen werden soll. Auf Vergarbeiter, erkeime in Massen in dieser Versammlung und erhebt Protest gegen dieses System.

Merseburg. Achtung. Gewerkschaftsstartell Freitag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Startellung in der Kaiser-Wilhelmshalle. Buntliches und zahlreiches Erscheinen aller Delegierten ist notwendig.

Fremdburg. In der Grube gerammt. In Oberroda wurde der Windmühlenteller W. Schneider beim Aufgehen eines vierens vom Getriebe erfaßt und vollständig gerammt. Dem tödlichen Unfall müßte keine Frau zusehen, die nicht imstande war, den Betrieb abzustellen.

Wahlkreis Mansfeld.

Warum wir nicht hängen konnten.

(Schluß.) Wir haben bereits mehrfach berichtet, daß die nationalen Sozialisten gleich am Morgen des Stichwahltags den längst abgebrauchten Schwindel von den Stimmzetteln fälschungen, die leitens der verruchten Sozialdemokraten verübt worden seien, in die Welt setzten. Man sah in und vor den Wahllokalen folgende Plakate an: „Wachung! Jede falsche Stimmzettel fälschung ist ein Verbrechen, welches die Strafe des Todes verdient.“ „Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen!“ Auf die Unzulänglichkeit des Ansehens aufmerksam gemacht, meinte der Bürgermeister, daß schämen Sie besser zu wissen.“ Willen Sie erinnern sich der Herr an die Worte des Regierungspräsidenten von Eisenach, daß die Stimmzettel fälschung, daß der Bürgermeister berufen sei, nicht nur die Stimmzettel zu leiten, sondern daß es seine erste Aufgabe sei, auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie bedacht zu sein. Auch der Landrat mußte nichts von der Herkunft dieser Plakate. Unsere Gesellen werden in ihrem Protest ganz besonders diese offenbare Gefährdung her-

Eduard Graf, größtes Spezial-Geschäft am Platze,

Bettfedern, fert. Betten. Beste und billigste Bezugsquelle.

Marktplatz 11.

Versand nach auswärts. — Verpackung frei. — Fernsprecher 2652.

Halle a. S.

